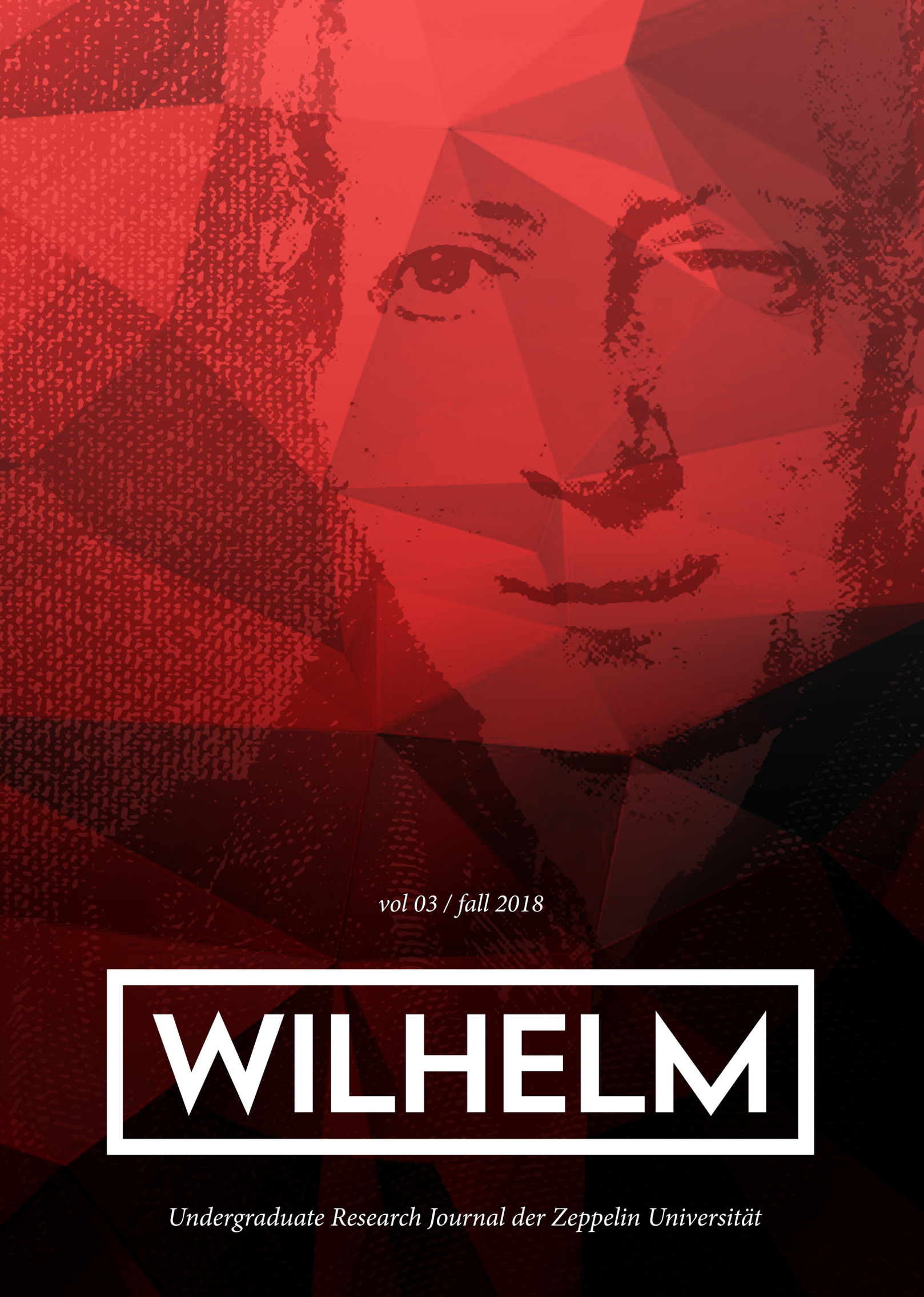

vol 03 / fall 2018

WILHELM

Undergraduate Research Journal der Zeppelin Universität

AUSGABE 3

WILHELM
Undergraduate Research Journal
Eine studentische Initiative der Zeppelin Universität
zu.de/derwilhelm

HERAUSGEBER
Julian Berger
Julius Stoll
Lars Hagenlocher
Paul Cannata

KONTAKT
derwilhelm@zeppelin-university.net
facebook.com/derwilhelmzu

LAYOUT & DESIGN
Julius Stoll

VORWORT

Wie funktioniert Wissenschaft? Zunächst gibt es klare Regeln. Universitäten schaffen in Einheit von Forschung und Lehre neues Wissen. Wissenschaftliche Zeitschriften prüfen und verbreiten im Anschluss diese Erkenntnisse. *Kurzgefasst*. Doch in diesem Entstehungsprozess zeigt sich, dass die ursprüngliche Einheit von Forschung und Lehre geteilt ist, wobei vermeintlich nur eine Akteurgruppe der Universität Wissen schafft: Forschung und Publikationen bleiben nur Professoren und Dozenten überlassen. Studierende mögen doch bitte draußen bleiben und sich mit der empfangenen Lehre alias (Berufs-)Ausbildung zufriedengeben. Wissenschaftliches Arbeiten bedeutet heute für die meisten Studierenden ein vorgegebenes Lehrstuhlthema zu bearbeiten und ein unfallfreies Literaturverzeichnis anzufertigen, anstatt selbst kritische Fragen zu entwickeln und diesen methodisch genau nachzugehen. Studentische Forschung bleibt in diesem Sinne eine Ausnahme.

Die Zeppelin Universität und ihre Studierenden streben danach diese Ausnahme zur Regel zu machen, indem studentische Forschung bereits ab dem ersten Semester einen festen Bestandteil des Studiums bildet. Um auf die in dessen Verlauf entstehenden Arbeiten aufmerksam zu machen, setzt sich der von Studierenden betriebene „Wilhelm" das Ziel die besten dieser Ergebnisse zu publizieren. Die Qualität der entstandenen Arbeiten verrät, dass die zu Grunde liegenden Hausarbeiten und Forschungsprojekte nicht nur Passierschein auf dem Weg zu einem Berufsabschluss darstellen, der in wenigen Tage vor der Abgabefrist erstellt worden ist. Vielmehr zeugen sie von einem tiefgreifenden Interesse und Verständnis für die jeweilige Thematik, denen oft eine monate- und jahrelange Einarbeitung vorausgegangen ist.

Ausgewählt und überarbeitet wurden die resultierenden Werke durch einen zweistufigen und doppelblinden Reviewprozess, bei dem jedes Manuskript anonymisiert einen studentischen und akademischen Reviewer überzeugen musste. Aus den über fünfzig eingereichten Beiträgen, haben sieben Artikel den Weg in die vorliegende Ausgabe gefunden. Ein kurzer Blick in das Inhaltsverzeichnis verdeutlicht dabei deren Interdisziplinarität, die sich zwar (redaktionell herausfordernd) jeder thematischen Überordnung entzieht, dafür aber umso passender das breite Interessensspektrum unserer Kommilitonen und Kommilitoninnen verdeutlicht.

Die Fragen der Arbeiten umfassen eine kritische Selbstreflektion der eigenen Universität (David Wilhelms, S.5) und machen selbst vor dem Begriff der Rationalität nicht halt (Sophie von Waitz, S.12). Darüber hinaus werfen die Beiträge neues Licht auf Herausforderungen wie die Eurokrise (Falk Stratenwerth-Neunzig, S.9) und widmen sich Fragestellungen, die kaum aktueller sein könnten, wie Michael Möstl mit seiner Studie zur Verwendung von Social Media im Wahlkampf (S.23) demonstriert. Die verwendeten Methoden stützen sich dabei nicht nur auf bereits existierende Theorien und Datenbanken, sondern nutzen auch die Ergebnisse eigener psychologische Experimente. Damit wird untersucht ob uns Anreize von übersteigertem Optimismus fernhalten können (Ben Thies, S.27) oder um festzustellen ob eine erschöpfte Selbstkontrolle unethisches Verhalten befördert (Phillip Käding et al., S.30). Auf die Frage der Clara Bender in ihrem Beitrag (S.19) nachgeht, ob Bildung und Risikobereitschaft zusammenhängen, finden wir im Hinblick auf die studentische Forschung an der Zeppelin Universität unsere eigene Antwort:

Universitäre Bildung und riskante Forschungsfragen gehören unbedingt zusammen. Eine Plattform zu schaffen um solche Fragen zu fördern und einem kritischen Dialog zu öffnen, ist die Aufgabe aber auch der Appell dieser Ausgabe.

Eine anregende Lektüre wünschen: Julian Berger, Julius Stoll, Lars Hagenlocher und Paul Cannata

INHALT

QUALITATIV

David Wilhelms
Inwiefern kann das Habitus Modell Bourdieus auf selektive Zugangsbedingungen der Zeppelin Universität übertragen werden?
Soziologie
Kulturwissenschaften
Zeppelin Universität
5

Falk Stratenwerth-Neunzig
Technocratic Austerity - Austere Technocracy?
Wirtschaftssoziologie
Eurokrise
Technokratie
9

Sophie von Waitz
"The Price We Pay for Freedom" - Hannah Arendt, Richard Rorty and the Problem of Rationality in Modern Political Thought
Politische Philosophie
Rationalität
Pluralität
12

QUANTITATIV

Clara Bender
Führt Bildung zu geringerer Risikobereitschaft?
Verhaltensökonomie
Bildung
Risikoneigung
19

Michael Möstl
Die Verwendung von campaign sentiments in der Wahlkampfkommunikation deutscher Parteien
Politik
Wahlkampf
Soziale Medien
23

Ben Thies
Frames, Incentives and Optimistic Updating
Psychologie
Optimism Bias
Framing
27

Phillip Käding et al.
Aufrichtigkeit im Kontext von Selbstkontrolle und sozialen Normen
Wirtschaftsethik
Selbstkontrolle
Werte
30

QUALITATIV

Qualitative Forschung beschreibt die Erhebung und Auswertung nicht-standardisierter Daten. Qualitative Methoden fokussieren das Beschreiben und Verstehen von Verhalten und Zusammenhängen durch eine interpretative und hermeneutische Herangehensweise. Qualitative Forschung hat einen explorativen und hypothesengenerierenden Charakter

Inwiefern kann das Habitus Modell Bourdieus auf selektive Zugangsbedingungen der Zeppelin Universität übertragen werden?

David Wilhelms
2. Semester SPE

In dieser Hausarbeit soll untersucht werden, wie die Implikationen aus Bourdieus Habitus-Modell auf die Zeppelin Universität (ZU) übertragen werden können, was in einer zweigeteilten Struktur resultiert. Im theoretischen Teil wird Kapital, in seinen drei Ausprägungsformen, als konstituierende Struktur der gesellschaftlichen Welt skizziert, was zur Herausbildung eines individuellen Habitus führt, aufgrund divergierender Kapitalausprägungen. In Bezug auf das Fallbeispiel der ZU soll gezeigt werden, dass ein bestimmter Habitus, trotz des eigenen Selbstverständnisses, von Vorteil ist. Dabei werden verschiedene Selektionsmechanismen skizziert, welche in der Phase der Entscheidungsfindung, sowie im Zuge des Auswahlverfahrens, zum Tragen kommen.

1. Einleitung

Die Relevanz des Themas ergibt sich primär aus dem Beispiel der Zeppelin Universität und dem Versuch der Bewusstseinsschaffung, dass auch hier Selektionsmechanismen zum Tragen kommen, welche einen bestimmten Menschentypus von Anwärtern bevorzugen. Diverse Beispiele dienen zur Veranschaulichung dieses Prozesses, welche zum Hinterfragen des Selbstverständnisses der ZU einladen, welche sich in ihrem Internetauftritt als atypische Privatuniversität porträtiert sehen möchte und sich beispielsweise in puncto Studiengebühren ausgerechnet auf Karl Marx beruft.

Jedoch soll und kann die vorliegende Arbeit nicht die Antwort liefern, ob es sich im Fall der ZU um eine Reproduktionsstätte einer wie auch immer gearteten Elite handelt, sondern sucht lediglich latente Strukturen offenzulegen, um zu zeigen, dass die ZU von bestimmten sozialen Klassen favorisiert wird. Dabei findet eine grobe Annäherung an Bourdieus Werk statt und soll, induktiv geschlossen, am Beispiel der Zeppelin Universität konsequent zu Ende gedacht werden. Somit entbehrt die Arbeit den empirischen Beleg, was ihrer Qualität als interessantem Gedankenexperiment jedoch nicht im Weg steht.

2. Theorie

Bourdieu will den von Marx adoptierten Begriff des Kapitals in allen seinen Formen einführen und nicht auf seine ökonomische Bedeutung reduzieren. Diese Beziehungen tragen objektiv ökonomischen Charakter, seien aber aufgrund einer Negation des Ökonomischen nicht monetär übersetzbar, was jedoch nicht bedeuten würde, dass sie keinen Preis haben würden (Bourdieu,1983, S.185). Er versteht Kapital als akkumulierte Arbeit entweder in materieller oder inkorporierter Form. Auf Kapital ist es zurückzuführen, dass die Gesellschaft nicht dem Zufallsprinzip folgt, sondern dass in seiner Form die akkumulierte Geschichte mit inbegriffen ist, wodurch Kapital zur Struktur der gesellschaftlichen Welt wird (Bourdieu,1983, S.183). Um der Komplexität des Begriffs gerecht zu werden, unterscheidet Bourdieu weiterhin zwischen ökonomischem, sozialemund kulturellem Kapital.

Ökonomisches Kapital ist dieser Überlegung zufolge direkt in Geld konvertierbar und kann in alle anderen Kapitalformen konvertiert werden, jedoch nur unter einem Aufwand an Transformationsarbeit. Diese unterschiedlich ausfallende Transformationsarbeit ist aber auch ein Indikator dafür, dass die anderen Kapitalarten mehr sind als die Summe des investierten ökonomischen Kapitals, dass diese

ihre Wirkung nur so weit entfalten können, wie sie verdecken, dass ihrem Wesen das ökonomische Kapital zugrunde liegt (Bourdieu, 1983, S.196).

Kulturelles Kapital lässt sich weiter ausdifferenzieren und als inkorporierter, objektiver und institutionalisierter Zustand begreifen. In korporierter Form stellt kulturelles Kapital die Akkumulation von Bildung dar, welche körpergebunden ist und somit der Zeit bedarf, um sie sich anzueignen. In objektiver Form lässt sich kulturelles Kapital als kulturelles Gut beschreiben, wobei durch ökonomisches Kapital eine juristische Übertragung stattfinden kann, jedoch nicht die kulturelle Fähigkeit, diese zu benutzen. In institutionalisiertem Zustand wird inkorporiertes Kapital objektiviert in Form von Titeln, um dessen biologische Endlichkeit zu überbrücken (Boudieu, 1983, S.186-191).

Soziales Kapital ist definiert als ein Netzwerk von Beziehungen des gegenseitigen Kennens und Anerkennens. Daraus abgeleitet stellt das soziale Kapital des Individuums die tatsächliche Ausdehnung seines Beziehungsnetzwerkes dar, als auch das soziale Netzwerk der mit ihm in Verbindung Stehenden (Bourdieu, 1983, S.191-195).

Die drei Kapitalformen spielen eine entscheidende Rolle in seinem Habitusmodell, welches für ihn die Verinnerlichung eines bestimmten Typus von sozialen und ökonomischen Verhältnissen darstellt. Ökonomisches Kapital nimmt dabei direkten Einfluss und stellt die Grundlage für die materiellen Lebensverhältnisse eines Individuums dar. Inkorporiertes Kulturkapital bedarf in seiner körpergebunden Erwerbung der Zeit, wobei neben der Schulzeit auch die Primärerziehung in der Familie berücksichtigen werden muss, da diese entweder eine positive Zeit der Akkumulation darstellt oder aber doppelt verloren geht, da sie zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden muss (Bourdieu, 1983, S.187). Somit stellt die Primärerziehung die Weichen für die Entwicklung des individuellen Habitus, welcher als „ein sozial konstituiertes System von strukturierten und strukturierenden Disposition, dass durch Praxis erworben wird und konstant auf praktische Funktionen ausgerichtet ist“bezeichnet ist (Bourdieu/Wacquant, 1996, S.154). Inkorporiertes Kapital manifestiert sich dementsprechend in einer Vielzahl von Dispositionen wie z.B. einer typischen Sprechweise oder als Einstellung in Bezug auf Bildung. Die Gesamtheit der Dispositionen repräsentieren die gesellschaftlichen Verhältnisse eines Individuums und führen zu einer Angleichung des individuellen Lebensstil an die soziale Herkunft (Hartmann, 2004). Aus diesen Ausführungen lässt sich schließen, dass die Herkunft einer Person entscheidend ist für das spätere berufliche Leben einer Person, da es neben der offensichtlichen Streuung des ökonomischen Kapitals auch eine Streuung des verkörperten kulturellen Kapitals in der Familie gibt, welche die Grundlage für die Aneignung von Fähigkeiten darstellt. Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene fungiert der Habitus als Merkmal, durch welches die Bevölkerung in herrschende Klasse, Mittelklasse und Unterklasse eingeteilt werden kann, welche sich auf Grundlage des ökonomischen und kulturellen Kapitals weiter ausdifferenzieren lässt (Hartmann, 2004, S.86). Das aus den Klassen ähnliche Lebenschancen resultieren und sich letztendlich ein Klassenselbstverständnis etablieren kann, liegt neben den ersten beiden Kapitalausprägungen vor allem an einem homogenisierenden Sozialkapital. Dieses in erster Linie auf Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhende Kapital manifestiert sich in einem Beziehungsnetzwerk des gegenseitigen Kennens und Anerkennens. Dieses gegenseitige Kennen und Anerkennen lässt sich als Prämisse sowie als Resultat der Reproduktion der Gruppenstruktur erläutern. Weiterhin befasst sich Bourdieu mit den französischen “Grandes Écoles”, welche als Produktionsort einer neuen Elite angesehen werden, da sie durch ihre Undurchlässigkeit für untere sozioökonomische Klassen gesellschaftliche Macht reproduzieren, wobei die wenigen Ausnahmen diesen Bildungsstätten allgemeine Legitimation verleihen (Bourdieu, 1981, S.100).

3. Fallbeispiel ZU

Sich mit Bourdieu auseinanderzusetzen bedeutet gezwungenermaßen auch immer, sich seines eigenen Habitus bewusst zu werden. Als Student einer Privatuniversität, sprich eines Ortes der Akkumulation von kulturellem und sozialem Kapital, gilt dies insbesondere. Fraglich ist dabei, inwiefern der Habitus, als implizites Distinktionsmerkmal, im deutschen Fallbeispiel der Zeppelin Universität selektiv zum Tragen kommt. Erste und mitunter entscheidende Selektion erfolgt bei den Studiengebühren, welche es für jeden Studierenden zu entrichten gilt. Maßgebliche Determinante ist hierbei die unterschiedliche Ausprägungen des Ökonomische Kapitals, sowie die strukturierende Disposition der Einschätzung von Bildungsbedeutung. Die Bedeutung der Einstellung zu Bildung wächst diesbezüglich proportional mit sinkendem ökonomischen Kapital, da das Risiko der Verschuldung existenzieller das spätere Leben beeinflussen kann. Unschwer lässt sich daraus ableiten, dass Studiengebühren von 3900, beziehungsweise 4700 Euro pro Semester ein negatives Selektionskriterium für potentielle Bewerber der unteren Klassen darstellt. Als Reaktion darauf gibt es ein beeindruckendes Ausmaß an Stipendien und die vielfältig genutzte Möglichkeit des Studienkredits, sodass die Aussage, dass alle

Bewerber an der ZU studieren können, als Credo seine Richtigkeit hat. Jedoch kann dieses Angebot nicht darüber hinwegtäuschen, dass die familiäre und schulische Sozialisation maßgeblich die Einstellung des Individuums in puncto Bildung determiniert. Für Bourdieu führt dies dazu, dass selbst bei Stipendienvergabe der Andrang der unteren Klasse auf einem vertretbaren Niveau verbleibe, aufgrund der Angst, sich hoch zu verschulden. Für die ZU kommt dabei erschwerend hinzu, dass die auf der Website der Universität propagierte Aussage "Experiment, anstatt Elite" seine Richtigkeit hat. Deutschlands Bildungssystem zeichnet sich durch ein umfassendes öffentliches Universitätsnetzwerk aus, welches als heterogene Bildungslandschaft über keine klassischen Eliteausbildungsstätten verfügt (Hartmann, 2004, S.136). Im Umkehrschluss bedeutet dies im Fall der ZU jedoch auch, dass die reziproke Übersetzbarkeit des erworbenen institutionalisierten Kapitals in ökonomisches Kapital auf dem Arbeitsmarkt nicht zwingendermaßen erfolgen muss. So ist die Absolvierung der ZU keinesfalls hinreichend, um den späteren Beruf frei wählen zu können. Viel mehr ist zu konstatieren, dass die Nutzbarmachung des hier erworbenen institutionalisierten Kapitals an den individuellen Habitus gebunden bleibt, da insbesondere Sozialkapital die Türen des Arbeitsmarktes öffnet (Granovetter, 1974).

Die ZU kann somit die Distinktion zwischen „Bildungsbeflissenheit" und „legitimem Geschmack" nicht revidieren, da diese bereits durch Herkunft und Primärerziehung maßgeblich determiniert ist, sondert transferiert diese feinen Unterschiede auf den Arbeitsmarkt, wo ein hier absolviertes Studium unterschiedliche Berufsmöglichkeiten eröffnet. Des Weiteren beeinflusst die unterschiedliche Ausprägung des Sozialkapitals auch die Wahrscheinlichkeit die Universität primär zur Kenntnis nehmen zu können. So zeugen die überproportionale Rekrutierung von Privatschülern und eine asymmetrische geographische Streuung deutschlandweit davon, dass die Bewerber aus einem relativ eingegrenzten geographischen und habituellen Umfeld kommen. Dies erscheint nachvollziehbar, da die Wahrscheinlichkeit, die ZU ohne expliziten Auslöser kennenzulernen, als eher gering einzustufen ist, eben weil sie als peripher gelegene Universität mit vierjährigem Bachelor und interdisziplinärer Ausrichtung bewusst gegen den Strom der Bildungsinflation schwimmt. Doch selbst im Falle der Bewerbung ohne außeruniversitären Kontakt zeugt dies umso mehr von einem aktiven Bewusstsein um Bildung, da die Bewerbung sich nicht im stereotypischen Onlineverfahren erschöpft, sondern durch die Trias von Online-Bewerbung, Fallstudie und Auswahlgespräch erheblichen Aufwand beansprucht, sozusagen Transformationsarbeit der Transformation wegen. Die Auswahlkriterien sind dabei in hohem Maße individualisiert, um die Bewerber nicht auf eine Zahl zu degradieren. Ohne vorschnell urteilen zu wollen: das Hauptselektionskriterium ist in einer adäquaten Sprachwahl und der Fähigkeit der Eigenpräsentation zu suchen. Inhaltlich dürfte eine umfassende Bildung, gerade in Bezug auf außerschulisches Wissen, von Vorteil sein. Eine spontane Reaktionsfähigkeit und das Zugeständnis einer Wissenslücke überwiegen hierbei gegenüber konformativer Widergabe des akkumulierten kulturellen Kapitals. Hier lässt sich die Parallele zum Habitus der herrschenden Klasse ziehen, welcher sich durch einen kultivierten Sprachgebrauch und die ihm zugeschriebene Lässigkeit auszeichnet.

4. Fazit

Summa summarum erscheint Bourdieus Ansatz als beeindruckendes theoretisches Fundament, welches es in Anlehnung an den historischen Materialismus versteht, aufzuzeigen, wie die Reproduktion gesellschaftlicher Macht erfolgt. Er erweitert die immanent ökonomische Logik des Kapitals auf das Feld der Kultur und der sozialen Beziehungen,schafft somit die soziale Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften mit einer vertikalen Strukturierung zu synthetisieren. Das Modell des Habitus zeugt jedoch von einer bei ihm beheimateten Schwäche, da die Angleichung des individuellen Lebensstils an die soziale Herkunft, zumindest als Determinismus, fraglich erscheint. Dementsprechend bleibt dem Modell die empirische Fundierung verwehrt und wird von der „Zweiten Moderne" kontrastiert, die besonders die kulturelle Selbstverortung verwässert. Am Beispiel der ZU kann vielfältig nachvollzogen werden, wie der individuell unterschiedlich austarierte Habitus entscheidet, wer überhaupt von der Universität Kenntnis nehmen kann, wie sich dieser entscheidend im Auswahlverfahren bewährt, das Studium überdauert, um in der Auswahl des Arbeitsmarktes als anschließender Selektion wieder die feinen Unterschiede zu perpetuieren. Es ist jedoch ein Trugschluss anzunehmen, die ZU könnte diesem Faktum mit einer Bildungsofferte begegnen, da die eigentlich entscheidenen Selektionsmechanismen bereits sehr viel früher vonstatten gegangen sind, beispielhaft sei auf die entscheidende Auswahl der weiterführenden Schule verwiesen, die sich verständlicherweise dem Aktionsradius einer Universität entzieht. Jedoch wirkt zumindest der Internetauftritt an der ein oder anderen Stelle in seiner bewusst atypischen Darstellung etwas naiv, in der Annahme jeden anzusprechen, obwohl doch dem bloßen Lesen dieser Zeilen zumeist schon viele Selektionsprozesse vorweg gegangen sind.

Literaturverzeichnis

Bourdieu, P. (1981) *Titel und Stelle - über die Reproduktion sozialer Macht.* Frankfurt a.M. Europ. Verlag

Bourdieu, P. (1983) Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.) *Soziale Ungleichheiten.* (Soziale Welt Sonderband 2), Göttingen 1983, S.183-198

Bourdieu, P. Wacquant, L. (1996) *Reflexive Anthropologie.* Frankfurt a.M. Suhrkamp Verlag.

Granovetter, M. (1974) *Getting a Job: A study of contacts and careers.* Harvard University Press.

Hartmann, M. (2004) *Elite-Soziologie: Eine Einführung.* Frankfurt a.M. Campus Verlag.

Technocratic Austerity - Austere Technocracy?

Falk Stratenwerth-Neunzig
7. Semester SPE

Austerity advocates have not backed down since the beginnings of the European financial and debt crisis in 2007. Rather, they seem to have taken a political victory, apparently in the long run. This essay provides a partial explanation for the political robustness of the austerity measures. A so far neglected component of their evolution will be addressed for the first time. The discursive structures that surrounded the historical origins of the austerity concept in continental Europe during the 1920s will be analysed against their recent emergence in Greece. By invoking the theory of hegemony proposed by Laclau and Mouffe, it will be demonstrated that the technocratic nature of the austerity concept did not only contribute to its self-preservation over almost ninety years. The latest materialization of the austerity narrative might also assure its policies a carefree future.

1. Introduction

In the aftermath of the European financial and debt crisis, the adopted austerity measures have not been substantially challenged in the political realm, while their actual impact and success is still subject to public as well as academic dispute (Ruser, 2015; Young & Semmler, 2011). However, the historic origins of the austerity concept, dating back to the economic stabilization policies after the First World War in continental Europe, are mostly neglected in academic discourse. The close resemblance of these policy measures to the recent political developments in the European Union has been emphasized in current research (Mattei, 2017). In spite of these insights, the conjunctions between the discursive structures surrounding these historic events have not been addressed so far (Borriello, 2017; Ntampoudi, 2014). Following Laclau and Mouffe, economic structures and relations can be understood as political and therefore as primarily discursive. Cognitive scripts, categories and narratives do not guide individual action in a linear way. Rather, it is constructively shaped by it. By providing relational identities, interests and practices, a commonly shared order of meaning is enabling social interaction (1985). Within discourses, understood as "differential ensembles of signifying sequences" (Torfing, 1999, p.86), the existence of any naturally given or necessary object, relation or meaning is dismissed. The complexity and contradictoriness of social and political life requires discursive reduction and simplification. Therefore, the production of meaning is highly dependent on relations of power and domination within discursive realms (Laclau & Mouffe, 1985, pp. 104-105).

2. Results

Two structural parallels stick out when comparing the argumentative patterns that surround the historic events in which the austerity measures evolved. While the reasons for the economic conditions are seen in the deficiencies of individual behaviour and clientele politics, the solution to the crises is said to require an a-political source. Scientific knowledge is framed as legitimate to formulate necessary responses detached from political biases (Mattei, 2017; Mylonas, 2014; Ruser, 2015). Regarding Mattei, the two international conferences 1920 in Brussels and 1922 in Genoa, concerning the economic despair at that time, were historically exceptional in two ways. Never before there has been adopted such a comprehensive and aligned policy bundle at the international level. Additionally, the involvement of expertise of economic science and its influence on the official manifests of the conferences were unprecedented (Mattei, 2017). The rhetoric of these documents depicted the selfish and irresponsible behaviour of individuals to impede the realization of a collective benefit by living beyond their means. Based on the positivist assumption that social reality can be comprehensively known in a systematic way, knowledge

production of the social sciences was equated with the capabilities of natural sciences in detecting underlying laws. Because the austerity measures were considered as the only means for economic stabilization and recovery, their compliance was framed as a patriotic duty (Mattei 2015). This technocratic origin of the austerity narrative is still detectable in the Greek public discourse during the turbulent years of 2009 until 2012. Regarding both the economic disruption as well as the political responses to it, Greece was and remains one of the most afflicted countries (Ntampoudi, 2014). Again, the cause for the crisis is seen in the individuals' fault by living beyond their abilities and maintaining corrupted political structures. The installation of an administrative body consisting of the European Central Bank, the International Monetary Fund and the European Commission institutionalized specific academic expertise with substantive amounts of political leverage (Ruser, 2015). The thereby created 'Troika' was depicted to be the sole opportunity to help to bring about the true Greek culture, consisting of economic dynamism, entrepreneurship and modern as well as European values (Mylonas, 2014).

3. Discussion

In addition to the severe economic disruptions, this hollowing out could have served as a further catalyst for exposing the structures of the political sphere to discursive contestation. The contrary result is found in the shrinking of alternatives within the public discourse surrounding the recent upheaval (Lahusen, Kousis, Kiess, & Paschou, 2016). The domination of a certain interpretation can explain such a discursive narrowing. To understand its consistency, the austerity narrative should be considered as a hegemonic project. Through the exclusion of alternative interpretations, a signifying chain can asymptotically determine the structure of a common discursive order. Over time, dominant interpretations for social relations and institutions appear as objective or natural and therefore veil their constructed, inherently political origin (Laclau & Mouffe, 1985). The austerity narrative proclaims the existence and ascertainability of an unambiguous collective interest and dismisses any opposition as hostile towards patriotic endeavours. Thereby, it did not only succeed in self-preserving itself over time. The narrative's current form has also achieved to materialise its constitutive naturalization into the institutional bottleneck of the Troika: the supremacy of scientific knowledge and expertise over the political sphere, leading to opaque and unaccountable processes of decision-making. Dispute about appropriate reforms within this environment may exist. But scientific knowledge as such is understood as a legitimate substitute for political articulation, allegedly only for the time of exceptional circumstances. However, such a rhetoric neglects a delicate aspect: dominant signifiers do aim directly at the discursive and ever precarious construction of abstract social identities and relations like the nation and citizenship (Mouffe, 1999; Tally, 1999). In the course of time they have substantive implications for the practices that uphold these interrelations (Mouffe, 2009). The underlying power relations of the austerity narrative are left untouched if its central naturalization remained unchallenged by political contestation. Its technocratic fabric would continue to subordinate national politics to the economic doctrines of an advocacy coalition and its promise about the curative capacities of free markets (Ruser, 2015). From the perspective of agonistic theory, the crucial properties of democratic institutions are seen in their processoriented abilities to foster and protect pluralism by remaining dynamic and alert to discursive tendencies of domination (Mouffe, 2009). As has been insisted on, the technocratic character of the austerity narrative constitutes a direct threat to these institutional virtues. During times of social turmoil, political claims to dismiss democratic contestation provide not only an immense appeal and result in political action. Because they shape political identities around claims of objective scientific knowledge and thereby veil their own political constructedness, such claims might resonate with ever less resistance in the public realm over time.

References

Boriello, A. (2017). 'There is no alternative': How Italian and Spanish leaders' discourse obscured the political nature of austerity. *Discourse & Society, 28*(3), 241-261.

Jacob, T. (1999). *New Theoris of Discourse: Laclau, Mouffe and Zizek.* Oxford: Blackwell.

Laclau, E., & Mouffe, C. (1985). *Hegemony and Socialist Strategy: towards a radical democratic politics.* London: Verso.

Lahusen, C., Kousis, M., Kiess, J., & Paschou, M. (2016). Political Claims and Discourse Formations: A Comparative Account on Germany and Greece in the Eurozone Crisis. *Politics & Policy,* 44(3), 525-552.

Mattei, C. E. (2015). Austerity and repressive politics: Italian economists in the early years of the fascist government. European *Journal of the History of Economic Thought,* 24(5), 998–1026

Mattei, C.E. (2017). The Guardians of Capitalism: International Consensus and the Technocratic Implementation of Austerity. *Journal of Law and Society*, 44(1), 10-31.

Mouffe, C. (1999). Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism? *Social Research,* 66(3), 745-758.

Mouffe, C. (2009). The Importance of Engaging the State. *In J. Pugh (Ed.), What is radical politics today?* (pp.230-237). Palgrave Macmillan UK.

Mylonas, Y. (2014). Crisis, Austerity and Opposition in Mainstream Media Discourses of Greece. *Critical Discourse Studies*, 11(3), 305-321.

Ntampoudi, I. (2014). The Eurozone crisis and the politics of blaming: the cases of Germany and Greece. P*olitical Perspectives, 8(2), 1-20.*

Ruser, A. (2015). By the Marktes, of the Markets, for the Markets? Technocratic Decision Making and the Hollowing Out of Democracy. *Global Policy*, 6(1), 83-92.
Torfing, J. (1999). N*ew theories of discourse: Laclau, Mouffe and Ziszek*. Oxford: Blackwell.
Young, B., & Semmler, W. (2011). The European Sovereign Debt Crisis: Is Germany to
Blame? *German Politics & Society*, 29(97), 1-24

"The Price We Pay for Freedom" - Hannah Arendt, Richard Rorty and the Problem of Rationality in Modern Political Thought

Sophie von Waitz
8. Semester SPE

Rationality, understood as the adherence of political values and actors to a binding, universal metaphysical truth, causes several problems for contemporary political theory: It leads to a misconception of the political actor and a dismissal of plurality in political debates. Hannah Arendt and Richard Rorty base their conceptions of political action, values, and identity on contingency instead of rationality. This thesis therefore explores Arendt's and Rorty's notions of contingency and evaluates whether they solve the abovementioned problems of rationality. While Rorty fails to consider plurality as a driving force in the public sphere, and therefore aims at limiting contingency in politics, Arendt manages to keep factual constraints and contingency in a productive tension.

1. Introduction

Dominant conceptualization of rationality in contemporary political science define rationality as the pursuit of self-interest and a means-end-logic in political decision making. Some theorists tried to overcome this definition by conceptualizing rationality as intersubjective, communicative rationality that arrives at right decisions through collective deliberation. Because this understanding of rationality purports that there exists a right answer, that it can be recognized by rational actors and institutionalized in a rational consensus, it propagates coherence, linearity and exclusivity. These qualities stand in sharp contrast to what politics is, namely, as Jacques Rancière formulated: "the way of concerning oneself with human affairs based on the mad presupposition […] that at least one more thing can be done other than what is being done" (Rancière, 2010, 2). Seen that way, politics consists "in the attempt to build a common world based on contingency" (ibid. 6). This approach to politics is an invitation to challenge modern political thought, specifically if it relies on rationality to explain the actions of political agents and the legitimacy of political values.

Two authors that use contingency as the basis of their political and philosophical theories are Hannah Arendt and Richard Rorty. Both assert that "everything that occurs in the human mind, everything that happens to mortals for better or worse is 'contingent', including their own existence" (Arendt, 1978a, 60) and that political theory should be based on the"recognition of contingency" (Rorty, 1989, 40). Arendt and Rorty share the project to criticize approaches to political theory that rely on rationality to explain political action and legitimize political norms. This paper will evaluate both notions of contingency regarding their quality as challenges to the domination of rationality in modern political thought.

2. The Problem(s) of Rationality

A variety of academic debates circle around problems of legitimacy and representation arising in societies that are structured according an instrumental means-end rationality (White, 1989, 38). Critics of instrumental rationality in contemporary political theory problematize the rationalization of the public realm through the presupposition of egoistical means-end-oriented actors, a denial of the plurality political motivations and needs, factual constraints and purely outcome oriented decision making. Theorists such as Jürgen Habermas and John Rawls try to solve these problems by replacing instrumental rationality with a communicative concept of collective rationality. In their understanding, rationality is shared by all members of a society due to their condition as human beings,

which allows them to recognize the right decision in a process of collective deliberation. The result of a fair and objective deliberation process would consequentially be something like a rational consensus, to which all parties involved agree because they realize that this is the only true outcome. (Habermas, 1984, 9; Rawls, 1989, 82).

Nevertheless, communicative rationality does not solve the problems that come along with rationality as such, which always claims to adhere to universal and eternal truth. This thesis will focus on two misconceptions that arise in political theories based on rationality: First, that the political actor would be a coherent unity, basing his political actions on conclusions consistent with the truth. And second, that there would exist one right solution to political problems or, put differently, one truth to guide political values and decisions. The first misconception leads to a continuous misjudgment of political behavior, the second to a dismissal of the plurality of positions and possible solutions, and an ignorance of unequal power relationships in the political sphere.

In political concepts based on rationality, individuals capable of rationality are defined as if they existed "prior to society" and "abstracted from social and power relations" (Mouffe, 1999, 755). This idea of political actors is an illusion: Members of a society are always formed through their social context, through the contingent conditions of their lives, their moment in history, the group they are born in, and so on. They will most probably embrace a multitude of different value beliefs and sometimes incompatible political positions. By simply precluding "the conditions of existence of the democratic subject" (ibid.), political theories that derive the legitimacy of political decisions from a universal human capacity to recognize the rationality of a political decision, misunderstand the context dependency and contingency of the individual and the importance of plurality and difference in the realm of the political.

Rationality is a problem because it leads political theory to persistently underestimate the contingency and plurality of human political action and imposes itself as a necessity with a 'there is no alternative'-logic regarding political decisions (Ruser, 2017, 203). If there existed, as it is assumed in metaphysical philosophy, an essence of the 'good' and the 'just' and the 'true', and the political actor were able to recognize these truths through a fair deliberation process, then only one 'right' outcome of a deliberation would be possible and it were determined and inevitable ab initio (ibid. 209). The rational consensus would be compelling, and every deviating position could be accused of being irrational and easily excluded from the deliberation process. Using rationality as a tool to declare political decisions as legitimate because they adhere to certain universal moral values leads to a misunderstanding of power-relations within the political arena. A predetermined consensus impairs debate and political discourse. If we define democratic politics as a collective effort to deal with plurality and allow for controversial debates, the idea of a rational consensus seems inherently apolitical. The standpoint taken here, as a way of tackling the "problem of rationality", is to see plurality and contingency not as something that has to be overcome, but as a "generative force" (Honig, 2008, 133) that liberates political action from the necessity to adhere to truth or lead to one predetermined outcome.

3. Hannah Arendt

In accordance with the Latin translation of contingentia as 'possibility and opportunity', the term contingency in Hannah Arendt's work refers to the basic openness and uncertainty of the human experience of life (Arendt, 1978a, 60). Contingency is closely bound to freedom, but also to uncertainty and insecurity; it refers both to dangers and opportunities in the political sphere. A contingent event is not arbitrary: The factors that influence an event or a decision play an important role in the outlook of that event, but they do not determine it entirely. The moment of action, Arendt calls it the "gap in time" (Arendt, 1961, 10), introduces contingency and allows something entirely new to take place.

Arendt repeatedly stresses that it is worth to "pay the price of contingency for freedom" (Arendt, 1978b, 195), for no attitude would be more unpolitical or dangerous than to surrender ourselves to necessity as the determinant of public life. In her theory, the actor is liberated from the necessity to fulfil the principles of an irreducible, universal and eternal truth. Instead of being bound in a cause-and-effect-system, where every action is envisaged and constructed to reach a predetermined, rational outcome, Arendt sees action as an end in itself, and the occurrence and outcome of this action as contingent. The unpredictable, the new beginning and individual action are the prerequisites of political life.

Arendt establishes a remarkable connection between the Political and Freedom, for "the raison d'être of politics is freedom" (Arendt, 1961, 149): Being politically active is freedom. Freedom is not seen as a utopian state of society, but rooted in every instantaneous, worldly public action. This freedom is not an arbitrary anything goes. Since every speaker needs a hearer and every act has reactions, the freedom to begin is only possible "with the help of others" in a commonly shared world (ibid. 164). Freedom is thus dependent on the public realm and the condition of plurality. Arendt recognizes freedom as something closely tied to necessity: The actor wins his freedom in a struggle against the necessities

imposed on him by factual constraints, for "freedom is always won in his never wholly successful attempts to liberate himself from necessity" (Arendt, 1958, 121).

Based on Aristotle's political theory Arendt divides a "bios politicos" (ibid. 25) which is devoted to communal issues, from a "bios theoretikos" which is the realm for private matters. The private realm is the sphere to satisfy vital physical and psychic needs. Since everything in the private realm is devoted to the fulfillment of vital bodily and emotional needs, "necessity rules over all activities" (ibid. 30). Regarding their vital needs and emotional condition all human beings are the same. Only in public do individual ideas and actions, in distinction to the perspectives of others, become distinguishable.

What is at stake in the public realm are collective matters of discussion and action. By becoming the object of public deliberation, the world transforms into a "community of things" (Arendt, 1958, 55). What is between people literally inter-est, constitutes their shared or distinct interests, something that "relates and binds them together" (ibid. 182). Plurality is for Arendt "the condition […] of all political life" (ibid. 7). Everyone has a different perspective on what inter-est: While the content of the interests remains the same (and therefore manifest worldly reality), the things of interest "can be seen by many in a variety of aspects […] so that those who are gathered around them know they see sameness in utter diversity" (ibid. 57). Understanding political interests like this allows to justify the legitimacy of different viewpoints and attests at the same time that there exists a factual reality (even if it is perceived differently). If rationality were the touchstone of the validity of political positions, only one perspective could be valid, namely the one which adheres to the universal, objective truth. This exclusionary concept of legitimacy would ultimately rule out the plurality of human existence and artificially make up a single 'good' political order. Any attempt to deny plurality as the condition of political life would have as a result "the abolition of the public realm itself" (ibid. 243).

By outlining the political sphere as a sphere of action and freedom, worldliness instead of transcendence, appearance, change and unpredictability, politics for Arendt could be interpreted as a 'game' or 'performance' (Tully, 1999, 163). Same as a game, politics is an action that does not follow any purpose outside itself, it unites the physical, ephemeral and sometimes aesthetic aspects of human action. Instead of rationality, it is contingency that lies at the basis of political action in Arendt's theory: Every action can change the game of politics, every action therefore is contingent and inserts contingency into the next phase of the game.

4. Richard Rorty

Richard Rorty's intellectual project is a critique of metaphysical truth, with the aim of replacing the enlightenment ideal of recognition of the essence of things or human beings with the hope for a better future (Rorty, 2013, 12). The way to liberate philosophy and politics from the constraints of stubborn truths, is, in his opinion, to embrace the idea that everything is marked by contingency.

Rorty challenges the enlightenment ideal that there exists "a relation between the ahistorical essence of the human soul and moral truth" ensuring "that free and open discussions will produce 'one right answer'" (Rorty, 1991, 176). Habermas' political theory with its incommensurable rules for all discourses would, in Rorty's opinion, only be a continuation of the traditional metaphysical concepts of rationality and truth: The assumption that a shared, identical foundation for all discourses were possible, would be the same as the conviction that an universally valid epistemology existed.

In Rorty's theory, humans, since they are living in a world of appearances which they will never be able to transcend, should not occupy themselves with a pointless search for a definite 'Being' (Rorty, 2013, 16). Because we cannot draw a distinction between reality and appearance, we can only formulate more or less useful descriptions of the world (ibid. 16). Theorists should accept this condition of human live and instead invest their energy in useful thought processes, such as tackling the challenge of peaceful human coexistence or providing private freedoms for everyone. What we refer to as 'true' is subject to constant change (Rorty, 1989, 9). There is no Archimedean Point for the evaluation of truth claims, the appropriateness (or rightness) of a truth claim is only derived from its usefulness (ibid. 20). Not truth, but utility is the argumentative measure. As Rorty appropriately puts is: "Truth is (…) what is good for us to believe" (ibid. 22).

Distinguishing between the private and the public realm, Rorty sees the private sphere as the place for individual development and freedom, and the political sphere as the room for decisions and regulations to limit cruelty in the world. Both realms have completely different purposes and are therefore sharply divided. He clearly privileges the private over the public realm by underlining that every political action is solely a means to achieve broader freedom for self-development in private. With every interference into the private life of the people, political institutions would go astray regarding the purpose they were built for: Their principal task is to secure private self-fulfillment. In exchange for this freedom, people should be tolerant and solidary (Rorty, 1991, 176) in the public sphere. Rorty accepts a

limitation of freedom in the political realm, because an excess of political activity would endanger the reflective equilibrium on which the well-being of the community is based (ibid. 184).

Rorty develops a theory for a liberal democratic utopia, whose main characteristic is the "recognition of contingency rather than necessity (as) the accepted definition of freedom" (Rorty, 1989, 40). Because everyone in this utopian state knows that his beliefs, hopes and fears are utterly contingent, they accept a difference of beliefs within their society. Nevertheless, by being bound to the moral standards of their culture and the maintenance of a reflective equilibrium within the public debate, individuals adapt their behavior to the needs of their community and do not act arbitrarily (Rorty, 1991, 184). To recognize contingency allows people to accept the idiosyncrasies of their own lives as well as of others and peacefully coexist without getting annoyed by differences. Because everything is contingent, there are no universal values or principles to guide personal or political behavior, moral behavior is simply based on the traditions and habits of society without claiming eternal relevance (Rorty, 1989, 84). This doesn't mean that the liberal utopian society should not have any rules or law, or that these should not be binding. It simply means that these rules cannot be legitimized by arguing that they would adhere to certain universal, trans-human 'truths' or values. Everyone would know that rules are social constructs, that it can be argued in favor or against them, and that they therefore underlie a constant, constructive change, following the transformations in the moral opinions of the community. If personal convictions would come into conflict with the contingent moral standard of the community, and the person holding these beliefs is "incapable of defense on the basis of the beliefs common to her fellow citizens, she must sacrifice her conscience on the altar of public expediency" (Rorty, 1991, 175).

In the pragmatist view, the self is a contingent entity (Rorty, 1989, 83). Rorty defines the self as the result of a network of contingent relations, in which the subject is inevitably involved. The way humans identify themselves is influenced by the community they were born in, by the language they speak and a lot of other contingent factors. Only by recognizing her contingency can an individual achieve the capacity to creatively deal with her personality and past. By embracing the contingency of its existence, the self gains her freedom (ibid.) and the ability to use its room for private self-expression.

In Rorty's view societies are bound together by "common vocabularies and common hopes" (ibid. 86), which are developed through a process of adaptation between the members of the society. Even though as individuals we might be aware of the contingencies that shape our personality, we cannot help but taking an "ethnocentric view", for we are coined by the assumptions and worldviews shared by our community (Rorty, 1991, 30). Even if the contingencies of our community depend on chance, they manifest themselves as necessities in the public sphere. Every citizen has to live up to the moral requirements of her community. Freedom as a basis for human self-development, deriving from the individual recognition of contingency, is hereby understood as a feature of privacy - not of politics.

5. Arendt vs. Rorty

Instead of restricting the political sphere through principles of rationality (understood as the capacity to recognize metaphysical truth and act accordingly), Arendt and Rorty put an emphasis on the contingency of actors and values in politics. They successfully break with the notion of a pre-societal, unconditioned and rational political agent and open the debate for a more realistic and comprehensible concept of the self. Both furthermore stress that the conditions of the 'public space' (in Arendt's words) or of the 'community' (in Rorty's words) are utterly contingent (Rorty, 1989, 16; Arendt, 1958, 55). Another commonality is that both do not see contingency as a reason for relativism. They acknowledge the freedoms of contingency, with its possibilities for self-creation, creative political action and unpredictable change, but also to take the limits of human action and imagination (through factual constraints or the moral agreements of a community) into consideration. By embracing contingency instead of rationality, they reintroduce the inevitable uncertainty and unpredictability of the individual self, as well as political action and change, into our understanding of politics.

But still: their theories will turn out to be incompatible.

The first incompatibility between Rorty's and Arendt's theories consists in how they organize the hierarchy between public and private. Arendt privileges the public realm over the private. The political is the realm for freedom and action, in contrast to a private sphere where everything is predictable and self-referential. In contrast to this, for Rorty, it is the private realm where the individual experiences freedom: He wants people to be liberated from the necessities of metaphysical truth to recognize the contingency of their existence and be free to self-create their identities in private.

A second major line of division is to be found in Arendt's and Rorty's concept of identity. While both acknowledge the contingency and inherent dividedness of the self, identity is revealed in completely different circumstances in Arendt's and Rorty's theories. By recognizing the contingency of one's existence and

worldviews, Rorty asserts that every individual person acquires the capacity to create an identity through a deliberate confrontation with different worldviews and a re-description of one's own history. Differences are pushed into the private realm, where people can design who they are, but cannot 'act' in the way Arendt would define action. For her, the identity of the self is a result of self-disclosure in the public realm through speech and action. While in the private realm humans do not have a specific identity, only by leaving all necessities behind and entering a world of appearance through action in public, can an individual attain her identity.

The third disagreement consists in a different value attached to plurality in politics. For Arendt, politics is based on plurality and this plurality has to be upheld, even if that would mean to deal with sometimes insurmountable conflicts. What marks the public space is that it is the place for spontaneous, sometimes abrupt, but most of all diverse new actions and processes, and of revolutions against the tradition (Arendt, 1978b, 204). What holds the political space together is the productive tension of plurality, new actions and abrupt change, which are all based in contingency. For Rorty, in contrast, every community is held together by a common language, a shared tradition and shared moral values, which constitute its culture. The shared moral values of the community are not based on 'truth', but on "what is good for us" (Rorty, 1991, 22). Even though the condition of the community is marked by contingency, a cultural consensus maintains a certain stability which allows the attribution 'us'. When the private position of an individual comes into conflict with the consensus, this person is obliged to sacrifice her opinion "at the altar of public expediency" (ibid. 175). Politics is an instrument to achieve freedom in private, and plurality is more of a hindrance to its functioning than a driving force.

6. Conclusion

Because Rorty's political community remains attached to the necessity of a moral consensus and a logic of means-and-ends, he only replaces the constraints posed by metaphysical rationality with other necessities. His concept of freedom, as it mainly aims at preserving the freedom of the private realm, is a negative freedom from politics, instead of a positive freedom to engage in political action. Contingency in his theory, even if it is valued in the private realm, is troublesome and must be restricted when it comes to the public realm. Rorty's liberal utopian society, even though it recognizes the conditionality and contingency of political actors, fails in dealing with plurality. Arendt, on the other hand, closely associates contingency with plurality and is able to keep the political realm in a productive tension (Honig, 2008, 133). For her, contingency is the basis of the political realm and does not need to be cut back.

Only by emphasizing the notion of plurality and by valuing enduring conflicts, is contingency as the fundament of the public sphere keeping the productive tension of the political alive. To be free from the constraints of rationality, we should understand contingency as an invitation to constantly challenge the necessities of rationality in the political sphere, and see this ongoing tension not as a thread but as the motor that drives politics.

References

Arendt, H. (1958). *The Human Condition.* Chicago: The University of Chicago Press.

Arendt, H. (1961). *Between Past and Future.* New York, NY: Penguin Books.

Arendt, H. (1978a). *The Life of the Mind: Thinking.* New York, NY: Harcourt.

Arendt, H. (1978b). *The Life of the Mind: Willing.* New York, NY: Harcourt.

Habermas, J. (1984). *The Theory of Communicative Action.* Volume I. Boston: Beacon.

Honig, B. (2008). Between decision and deliberation: political paradox in democratic theory. *Rechtsfilosofie en Rechtstheorie,* 38(2), 02.

Mouffe, C. (1999). Deliberative democracy or agonistic pluralism? *Social research,* 745758.

Rancière, J. (2010). *Chronicles of Consensual Times.* London: Continuum

Rawls, J. (1989). Themes in Kant's moral philosophy. *Kant's transcendental deductions,* 81-113.

Rorty, R. (1989). *Contingency, Irony, and Solidarity.* New York, NY: Cambridge University Press.

Rorty, R. (1991). *Objectivism, Relativism, and Truth.* New York, NY: Cambridge University Press.

Rorty, R. (2013). *Hoffnung statt Erkenntnis: eine Einführung in die pragmatische Philosophie*. Wien: Passagen-Verlag, Dt. Erstausg., 2., durchges. Aufl.

Ruser, A. (2017). Der (in) diskrete Charme der Technokratie. *Komplexe Freiheit*. Berlin: Springer.

Tully, J. (1999). The agonic freedom of citizens. *Economy and Society,* 28(2), 161-182.

White, S. K. (1989). *The recent work of Jürgen Habermas: Reason, justice and modernity.* Cambridge University Press.

QUANTITATIV

Quantitative Forschung beschreibt die Erhebung und Auswertung numerischer Daten. Quantitative Methoden nutzen Mittel der Inferenzstatistik um Zusammenhänge und Schlussfolgerungen aus empirischen Sachverhalten abzuleiten. Quantitative Forschung hat einen verifizierenden und hypothesenprüfenden Charakter

Führt Bildung zu geringerer Risikobereitschaft?

Clara Bender
4. Semester SPE

Immer wieder treffen wir Entscheidungen, die besondere Konsequenzen haben und mit Risiken verbunden sind. Risiko und Unsicherheit spielen eine Rolle bei fast allen wirtschaftlichen Entscheidungen. Doch welchen Einfluss spielt dabei der Faktor Bildung? Die Beziehung zwischen Bildung und Risikobereitschaft ist bisher noch nicht sicher erforscht. Diese Arbeit untersucht, inwiefern sich Bildung auf die individuelle Risikobereitschaft auswirkt. Die Ergebnisse der Analyse zeigen, entgegen der ursprünglichen Hypothese, dass sich die Risikobereitschaft mit einem höheren Bildungsniveau steigert.

1. Einleitung

Nach einer EU-Studie aus 2012 konnten 20% der Deutschen nicht gut genug lesen und schreiben, um den Alltag zu bewältigen. Eine so hohe Zahl hat wirtschaftliche Folgen, da nur gut ausgebildete Schulabsolventen eine gut bezahlte Arbeit finden und damit zum Wachstum der Wirtschaft beitragen können (dpa). Da Deutschland als Industrienation selbst kaum über wichtige Rohstoffe verfügt, ist es nicht nur importabhängig, sondern auch auf eine konstante industrielle Entwicklung und Innovationsfähigkeit angewiesen, um den Status als eines der führenden Industrieländer der Erde und den damit verbunden Wohlstand nicht zu verlieren (Andruleit, et al., 2017). Deshalb brauchen wir eine risikobereite Gesellschaft, die sich mit neuen Themen fundiert auseinandersetzt und in neue Ideen, Produkte und Prozesse investiert.

Bereits 2006 wurde festgestellt, dass Menschen in Deutschland eine geringe Innovationsoffenheit und mangelnde innovationsrelevante Verhaltensweisen und Einstellungen zeigen. Im internationalen Vergleich waren die Gründungsaktivitäten besonders schwach, ebenso wie die Bereitschaft unternehmerische Risiken zu übernehmen. Als größtes Problem galt auch damals schon das Bildungssystem (Werwatz, Belitz, Krin, & Schmidt-Ehmcke, 2006).

2. Literatur

Risikopräferenzen beeinflussen regelmäßig unsere individuellen und haushaltsbezogenen Entscheidungen in verschiedenen Kontexten. Risikoaverse Menschen tendieren dabei zu sicheren Entscheidungen hinsichtlich der Portfolioauswahl, der Investitionen, des Berufes und des Sparverhaltens oder bei anderen Entscheidungen wie der eines Umzuges oder eines Jobwechsels. „Sicher“ meint hier das Wählen der Alternative mit geringerer aber besser vorhersehbarer Auszahlung (Guiso & Paiella, 2005).

Bis heute hat es zwar viele Versuche gegeben, um die Wichtigkeit und die Art der Risikoabneigung zu bewerten. Die experimentelle Forschung hat bisher aber nur geringe Anweisungen geliefert, wie Risikoabneigung modelliert werden sollte (Holt & Laury, 2002). Während Alter, Geschlecht, Rasse, Religion, Arbeitslosigkeit und Wohlstand einen klaren Effekt auf die individuelle Risikoaversion haben, ist die Beziehung zwischen Risikoaversion und Bildungsstand nicht klar (Halek & Eisenhauer, 2001). Bis zur Studie von Jung hatte niemand den direkten Effekt von Bildung auf die individuelle Risikoaversion untersucht. Jung fand heraus, dass durch eine Verlängerung der Bildungsphase die individuelle Risikoaversion erhöht wurde. Dieser positive Effekt der Bildung auf Risikoaversion war allerdings nur für Personen mit einem niedrigen Bildungsstand signifikant nachzuweisen (Jung, 2015).

Höher gebildete Bevölkerungsschichten stellen die rationale Planung über das Risiko und spontane Bauchentscheidungen. Diese Ergebnisse führen zu der Aussage, dass mit steigendem Bildungsniveau die individuelle Risikobereitschaft sinkt. Zusätzlich beeinflusst das Geschlecht die Risikoneigung. Bei Männern beträgt das Verhältnis von „sehr risikobereit“ und „strikt risikoavers“ 31% zu 24%, während das Verhältnis bei Frauen bei 14% zu 37% liegt

(Hurrelmann & Karch, 2010).

Dagegen hat Outreville in seiner Untersuchung einen negativen Zusammenhang zwischen höherer Bildung und Risikoaversion festgestellt (Outreville, 2015). Durch diese Untersuchung wird die Annahme bekräftigt, dass mit steigendem Bildungsniveau die individuelle Risikobereitschaft steigt. Auch geografische und kulturelle Bedingungen können die Unterschiede von Risikoneigungen zwischen jüngeren und älteren Personen verringern. Im Gegensatz zu Ländern mit herausfordernden Lebensbedingungen, nimmt in den meisten wirtschaftlich entwickelten Ländern die Neigung im Alltag Risiken einzugehen mit steigendem Alter ab (Mata, Josef, & Hertwig, 2015).

Die bisher veröffentlichten Studien legen damit einen Einfluss demographischer Faktoren auf das individuelle Risikoverhalten nahe. Der genaue Zusammenhang zwischen Risikoneigung und Bildung bleibt jedoch strittig. Mit meiner Arbeit möchte ich empirisch überprüfen, welchen Einfluss das Bildungsniveau auf die individuelle Risikobereitschaft hat. Mein Beitrag zum Thema der risikoaversen Gesellschaft ist deshalb relevant, weil aus den bisherigen wissenschaftlichen Untersuchungen keine einheitliche Aussage abgeleitet werden kann. Formell untersuche ich daher folgende Forschungshypothese:

H1: Bildung steht in einem negativen Zusammenhang mit Risikobereitschaft.

Im Gegensatz zu den bisher veröffentlichten Untersuchungen, habe ich für meine Stichprobe die Daten aus dem sozio-ökonomischen Panel (SOEP) gewählt. Das SOEP stellt eine valide Datenbasis dar und durch die erhöhte Teilnehmerzahl festigt sich die Sicherheit der Aussagen. Um zu überprüfen ob gebildete Menschen risikoaverser sind, wird die im nächsten Abschnitt vorgestellte Methode verwendet.

3. Methode

3.1. Daten

Grundlage meiner Analyse sind Daten der „German Socio-Economic Panel Study“ (SOEP), welche eine repräsentative Haushaltsumfrage in der deutschen Gesellschaft mit mehr als 20.000 Teilnehmern unterschiedlichsten Alters, in über 11.000 Haushalten darstellt. Den Personen wurden nicht nur zahlreiche Fragen zu ihrer persönlichen Situation gestellt, sondern auch zu ihren politischen und sozialen Einstellungen. Ich verwende dabei die Umfragedaten aus dem Jahr 2006. In meinem Modell stellt die individuelle Risikobereitschaft die abhängige Variable dar.

Die Personen werden aufgefordert, ihre Risikobereitschaft, mit Hilfe einer 11-Punkt Skala, von 0 (gar nicht risikobereit) bis 10 (sehr risikobereit), selbst einzuschätzen. Der Bildungsstand wird durch die Casmin-Klassifikation codiert. Darüber hinaus kontrolliere ich für potentielle Einflüsse durch Geschlecht, Größe, Alter, Nettoeinkommen, Zufriedenheit mit Nettoeinkommen, Gewicht, Rauchverhalten, Behinderung, Familienstand, Kinder und Gesundheitszustand. Des Weiteren werden Kontrollvariablen zu Gesundheit, Jobsicherheit, Finanzen und Einstellung zu Frieden verwendet. Die Hauptvariable Bildung wie auch Geschlecht, Familienstand, etc. werden zu Dummy-Variablen umcodiert. Die Gruppe mit den meisten Ausprägungen stellt dabei jeweils die Referenzgruppe dar. Ein Outlier, der das durchschnittliche Nettoeinkommen stark verzerrt, wird aus dem Datensatz eliminiert.

3.2. Modell

Im Modell wird die individuelle Risikobereitschaft y gegen die Konstante β_0, das Bildungsnieau x_1 und die anderen unabhängigen Variablen regressiert.

$$y = \beta_0 + \beta_1 x_1 + \beta_2 x_2 + \ldots + \beta_k x_k + u$$

In der folgenden Tabelle werden die Werte für die Regressionsgleichung dargestellt. Standard-fehler werden in Klammern abgebildet. Die H0-Hypothese ist stets, dass der Regressionskoeffizient gleich Null ist. H1 hingegen nimmt an, dass der Koeffizient von Null verschieden ist und damit einen Zusammenhang mit invidivueller Risikobereitschaft besitzt.

4. Ergebnis

Das Bestimmtheitsmaß R^2 zeigt, dass circa 7,2% der Variation von Risikobereitschaft durch das Modell erklärt wird. Als Ergebnisse lassen sich festhalten, dass die Risikobereitschaft einer Person, die einen Hauptschulabschluss ohne berufliche Ausbildung besitzt im Gegensatz zu der Referenzgruppe (Mittlere Reife und berufliche Ausbildung) um 0.559 Punkte niedriger ist. Bei Personen ohne Abschluss ist die Risikobereitschaft im Gegensatz zu der Referenzgruppe sogar um 0.744 Punkte niedriger. Dies impliziert, dass bei geringerer Bildung die Risikobereitschaft niedriger ist. Es werden weitere Abhängigkeiten sichtbar. Beispielsweise, dass die Risikobereitschaft einer Frau verglichen mit der eines Mannes niedriger ist und auch, dass die Risikobereitschaft mit dem Alter abnimmt. Die Risikobereitschaft steigt scheinbar mit dem Nettoverdienst.

Tabelle 1

Abhängige Variable: Individuelle Risikoeinstellung	
Hochschulabschluss	-0.004 (0.091)
Fachhochschulabschluss	0.133 (0.116)
Fachhochschulreife/Abitur und berufliche Ausbildung	-0.048 (0.112)
Fachhochschulreife/Abitur ohne berufliche Ausbildung	0.146 (0.189)
Mittlere Reife ohne berufliche Ausbildung	0.199 (0.160)
Hauptschulabschluss und berufliche Ausbildung	-0.022 (0.082)
Hauptschulabschluss ohne berufliche Ausbildung	-0.559*** (0.138)
kein Abschluss	-0.744* (0.290)
In der Schule	0.663 (0.538)
Weiblich	-0.475*** (0.086)
Größe	0.007 (0.005)
Alter	-0.008* (0.004)
Nettoverdienst	0.0002*** (0.00003)
Zufriedenheit mit Einkommen	0.001 (0.015)
Gewicht	-0.001 (0.002)
Raucher	-0.367*** (0.063)
Behinderung	-0.152 (0.127)
Verheiratet, getrennt lebend	0.477* (0.205)
Single	0.269** (0.093)
Geschieden	0.455*** (0.107)
Verwitwet	0.124 (0.254)
Keine Kinder	0.071 (0.069)
Gesundheitszustand: sehr gut	0.019 (0.102)
Gesundheitszustand: zufriedenstellend	-0.198** (0.071)
Gesundheitszustand: weniger gut	-0.315** (0.116)
Gesundheitszustand: schlecht	-0.286 (0.274)
Sorgen um Gesundheit, Jobsicherheit, Finanzen und Frieden	included
Constant	3.919*** (0.836)
Observations	5,229
Adjusted R^2	0.072

Note: * $p < 0.05$; ** $p < 0.01$; *** $p < 0.001$

5. Zusammenfassung

In der bisherigen Literatur gibt es keine klare Aussage, ob das Bildungsniveau die individuelle Risikobereitschaft beeinflusst. Die Analyse zeigt, dass Bildung mit einer gesteigerten Risikobereitschaft zusammenhängt, und dass bei Personen mit einem niedrigen Bildungsstand die Risikobereitschaft im Vergleich zu Personen mit einem höheren Bildungsstand signifikant geringer ist. Aufgrund dieser Ergebnisse kann ich meiner anfänglichen Hypothese nur teilweise zustimmen. Die Risikobereitschaft hängt zwar zu einem Teil vom Bildungsstand ab, aber entgegen meiner Annahme gilt: Je gebildeter ein Mensch, desto risikobereiter ist er. Als Limitation ist anzuführen, dass es sich bei dem Datensatz um einen Schulungsdatensatz handelt, welcher nur 50% der Originaldaten enthält. Zudem wurde die Risikobereitschaft durch eine Selbsteinschätzung erhoben. Daher kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob sich diese Zahlen auch in der Praxis bestätigen würden, auch wenn einige Studien diese Form der Befragung als valide einschätzen. Da das Ziel meiner Arbeit darin lag, eine Hypothese zu testen und nicht die abhängige Variable vorherzusagen, ist das vergleichsweise geringe R^2 nicht problematisch. Zudem enthält mein Modell keine direkte Messung von Risikopräferenzen. Am ehesten lässt sich das Rauchverhalten als eine indirekte Messung von Risikopräferenzen interpretieren. In weiterführenden Studien sollten deswegen mehr Variablen in die Umfrage integriert werden, die eine direkte Messung von Risikopräferenzen ermöglichen und somit das R^2 erhöhen. Denkbar sind weitere Fragen zu risikoreichen Entscheidungen, bspw. mit finanziellen Auswirkungen, zu Geldanlagen, Konsumverhalten oder Kriminalität. Die geringere Risikobereitschaft bei Frauen, könnte ein Grund für die Geschlechterunterschiede in unserer Gesellschaft sein. Alter und der demographische Wandel können dazu führen, dass eine immer ältere Population risikoaverser Wähler und Wählerinnen politische Mehrheiten stellt. Dies könnte die makroökonomischen und politischen Entscheidungen und Entwicklungen in unserem Land perspektivisch aus Sicht der jüngeren Bevölkerung negativ beeinflussen. Für eine Bestätigung diese Aussagen bedarf es allerdings weiteren Arbeiten und Experimenten.

Literaturverzeichnis

Andruleit, H., Elsner, H., Homberg-Heumann, D., Huy, D., Meßner, J., Pein, M., & Schauer, M. (2017). *Deutschland - Rohstoffsituation 2016*. Hannover: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe.

dpa. (2012). Jeder fünfte Deutsche kann nicht ausreichend lesen. Abgerufen am 17.01.2018 von *FAZ.NET: http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eu-studie-jeder-fuenfte-deutsche-kannnicht-ausreichend-lesen-11881804.html*

Guiso, L., & Paiella, M. (2005). The Role of Risk Aversion in Predicting Individual Behavior. *Bank of Italy Economic Working Paper.*

Halek, M., & Eisenhauer, J. (2001). Demography of Risk Aversion. *The Journal of Risk and Insurance*, S. 1-24.

Holt, C., & Laury, S. (12.2002). Risk Aversion and Incentive Effects. *The American Economic Review,* S. 1644-1655.

Hurrelmann, K., & Karch, H. (2010). Jugend, Vorsorge, Finanzen - Herausforderung oder Überforderung?

MetallRente Studie.
Jung, S. (2015). Does education affect risk aversion? Evidence from the British education reform. *Applied Economics,* S. 2924-2938.
Lechert, Y., Schroedter, J., & Lüttinger, P. (2006). ZUMA-Methodenbericht 2006 /12 Die Umsetzung der Bildungsklassifikation CASMIN für die Volkszählung 1970, die MikrozensusZusatzerhebung 1971 und die Mokrozensen 1976-2004.
Mata, R., Josef, A., & Hertwig, R. (10.2015). Propensity for Risk Taking Across the Life Span and Around the Globe. *Psychological Science,* S. 1-13.
Outreville, J. (2015). The Relationship Between Relative Risk Aversion And The Level Of Education: A Survey And Implications For The Demand For Life Insurance. *Journal of Economic Surveys*, S. 97-111.
Werwatz, A., Belitz, H., Krin, T., & Schmidt-Ehmcke, J. (2006). *Innovationsindikator Deutschland 2006.* Berlin: DIW Berlin.

Die Verwendung von campaign sentiments in der Wahlkampfkommunikation deutscher Parteien

Michael Möstl
8. Semester PAIR

Wie sprechen Parteien ihre Wählerschaft in Wahlkampfzeiten an? Zur Beantwortung dieser Frage misst die vorliegende Pilotstudie die positive oder negative Tonalität der Kampagnenkommunikation („campaign sentiments") aller sieben aktuell im Bundestag vertretenen Parteien über eine Analyse der Facebook-Posts der letzten 12 Wochen vor der Bundestagswahl 2017. Die Variation der campaign sentiments wird in Zusammenhang gesetzt mit zwei Parteien-Eigenschaften: a) Entfernung zur „politischen Mitte" und b) Zugehörigkeit zur Regierungskoalition. Während die Regierungskoalitions-Hypothese bestätigt werden konnte, zeigt sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen den campaign sentiments und der Entfernung zur „politischen Mitte".

1. Einleitung

Der sinkende Erfolg etablierter Parteien bei Wahlen und Referenden in den vergangenen Jahren hat für die Parteienforschung eine ganze Reihe von Fragen aufgeworfen, die bislang unbeantwortet geblieben sind: Haben sich die Präferenzen der Wähler derart grundlegend verändert? Oder ist den etablierten Parteien schlechterdings die Fähigkeit abhandengekommen, in der Ansprache des Wählers den richtigen Ton zu treffen? Häufig wird auf die Metamorphose des ehemals rationalen Wählers hin zum Protestwähler verwiesen, dessen Antrieb es ist, den etablierten Parteien – eher Emotionen als politischen Inhalten folgend – einen „Denkzettel" zu verpassen. In dieser Gemengelage kann der Erfolg von Parteien, die auf Hetzkampagnen und auf negative campaigning (Grofman & Skaperdas, 1995) setzen, nicht überraschen. Beide Kampagnenformen verbindet, dass ihre Kernstrategie der Entwurf und die Reproduzierung von negativen Bildern ist. Darüber kann dem Protestwähler kommuniziert werden, dass es für seine Nachfrage nach Kritik am „System" oder an der „korrupten Elite" (Mudde, 2004) ein entsprechendes politisches Angebot gibt. Geschuldet dem Umstand, dass negative campaigning bislang als ein Phänomen des amerikanischen Wahlkampfes wahrgenommen wurde, fehlen empirische Studien zur Untersuchung der Negativität der Wahlkampfkommunikation deutscher Parteien bislang weitgehend.

Die vorliegende Studie widmet sich daher folgenden Forschungsfragen: Sind im Bundestagswahlkampf 2017 Negativ-Kampagnen zu beobachten gewesen? Und gibt es einen systematischen Zusammenhang zwischen bestimmten Parteimerkmalen und Unterschieden in der Positivität oder Negativität der jeweiligen Wahlkampfkommunikation?

2. Theorie

Unter den sozialen Medien gilt Facebook bei den Kampagnenmanagern der deutschen Parteien als die wichtigste Plattform für Wahlkampagnen (Magin, Podschuweit, Haßler & Russmann, 2017). Im Rahmen einer Sentimentanalyse wird daher das Vorkommen von negativ und positiv konnotierten Wörtern in den Facebook-Posts aller Bundestagsparteien vor der Bundestagswahl 2017 untersucht. Für die so approximierte parteienspezifische Positivität oder Negativität der Wahlkampagne entlehne ich den Begriff des campaign sentiment von Crabtree, Golder, Gschwend & Indridason (2015).

Die Emotionen, die durch einen besonders negativen oder positiven campaign sentiment hervorgerufen werden, können einen erheblichen Einfluss auf das Wahlverhalten und die Bildung der politischen Einstellungen der Wählerschaft haben (Ridout, Searles & Weber, 2018); ein gezielt eingesetzter und extrem negativer oder positiver campaign sentiment kann daher als Werkzeug der strategischen Wahlkampf-Kommunikation dienen. In Verbindung

mit dem Umstand, dass Parteien der „politischen Mitte" – ganz im Gegensatz zu Parteien an den Rändern des politischen Spektrums (King, Rosen, Tanner & Wagner, 2008) – mehrheitlich auf die Strategie der positiven Wähleransprache statt auf negative campaigning setzen, ergibt sich folgende „Deviations-Hypothese":

H1: Je weiter eine Partei von der Mitte des politischen Spektrums abweicht, desto negativer ist der campaign sentiment der Facebook-Posts.

Weiter wird untersucht, ob der von Crabtree et al. (2015) ermittelte Zusammenhang zwischen positiven campaign sentiments und der Eigenschaft als amtierende Regierungspartei auch hier nachgewiesen werden kann. Drei Faktoren wirken hier zusammen: Zum einen werden extremistische Randparteien seltener Teil einer Regierungskoalition, daher sind – unter der Bedingung, dass H1 zutrifft – positivere campaign sentiments zu erwarten. Hinzu kommt das in Europa zu beobachtende Phänomen der Zähmung extremistischer Parteien, sobald sie Regierungsverantwortung übernehmen und im Zuge dessen pragmatischere, moderatere Positionen beziehen (Berman, 2008). Ein Phänomen, dass sich auch in der Wahlkampfkommunikation am Ende einer Legislaturperiode als Amtsinhaber niederschlagen dürfte. Und nicht zuletzt kann angenommen werden, dass amtierende Regierungsparteien bestrebt sind, als Ausweis ihrer erfolgreichen Regierungszeit in ihrer Kommunikation ein positives Bild der aktuellen sozioökonomischen Lage zu zeichnen.

H2: Amtierende Regierungsparteien verwenden im Wahlkampf einen positiveren campaign sentiment als Oppositionsparteien.

3. Methode

3.1. Daten

Die Grundgesamtheit des Samples bilden die Facebook-Posts aller Parteien, die im Zuge des Bundestagswahlkampf 2017 in den 19. Deutschen Bundestag gewählt wurden. Da als Untersuchungsgegenstand spezifisch die Wahlkampfkommunikation gewählt wurde, beinhaltet das Sample nur die Facebook-Posts inkl. „Shares" aus den letzten 12 Wochen vor der Bundestagswahl, exklusive des Wahltags.

Grundsätzlich lassen sich automatisierte Sentimentanalysen in induktive und deduktive Ansätze unterteilen. Induktive Ansätze verwenden zum Beispiel Methoden des maschinellen Lernens, um in einem ersten Schritt einen überwachten Klassifikationsalgorithmus zu erstellen, mit dem anschließend die Sentimentanalyse durchgeführt wird (Scharkow, 2012). Deduktive Ansätze befassen sich lediglich mit dem letzteren Schritt, da auf eine bereits existierende Klassifikationshilfe zurückgegriffen wird. Diesen Ansatz verfolgt auch die vorliegende Studie; angewandt wird der Diktionär SentimentWortschatz (SentiWS 1.8c) des Projekts „Deutscher Wortschatz / Leipzig Corpora Collection". Für weitere Hintergründe zur Diktionärsgenese des SentiWS-Diktionärs sei auf Heyer, Quasthoff & Remus (2010) verwiesen.

3.2. Operationalisierungen

3.2.1. „campaign sentiment"

Durch die Sentimentanalyse ist es möglich, dem Wahlkampf jeder Partei einen individuellen campaign sentiment Wert zuzuordnen, der als abhängige Variable des Modells dient. Dazu werden alle im Untersuchungszeitraum verwendeten Worte mit der Wortliste des SentiWS-Diktionärs abgeglichen, dessen Negativ- und Positiv-Wortlisten auf -1 respektive +1 standardisiert wurden. Negative Worte aus den Facebook-Posts werden daher mit einem Wert von -1 klassifiziert, positive Worte mit einem Wert von +1. Die Variable campaign sentiment bildet sich aus dem Durchschnitt der positiv und negativ gezählten Worte.

3.2.2. „Politische Mitte"

Ausgangsvariable ist die Variable „left/right" aus dem aktuellen ParlGov Datensatz (Döring & Manow, 2018). Sie verortet Parteien auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) und wird zur Bildung der benötigten Variable Δ Politische Mitte über die Formel $|x-5|$ transformiert. Die Zielvariable nimmt daher Ausprägungen zwischen 0 (= Partei der Mitte) und 5 (= Randpartei) ein und ist die unabhängige Variable in H1.

3.2.3. „Amtierende Regierungspartei" und „Oppositionspartei"

Zur Bildung der UV aus H2 werden die Parteien entsprechend ihrer Zugehörigkeit zur Regierungskoalition der Legislaturperiode 2013 - 2017 in zwei Gruppen eingeteilt. SPD, CDU & CSU gehören zur Gruppe der amtierenden Regierungsparteien, alle restlichen Parteien zur Gruppe der Oppositionsparteien.

4. Ergebnis

4.1. Deviations-Hypothese (H1)

Die ermittelten Werte für die campaign sentiments bewegen sich zwischen 0.30 für die AfD und 0.81 für die

CDU (mean = 0.62). In der Regressionsanalyse für H1 zeigt sich jedoch nur ein nichtsignifikanter, negativer Zusammenhang (r = -0.11, p = 0.11). Darüber hinaus ist der Anteil der erklärten Varianz in diesem Modell verhältnismäßig niedrig (adjusted R^2 = 0.32).

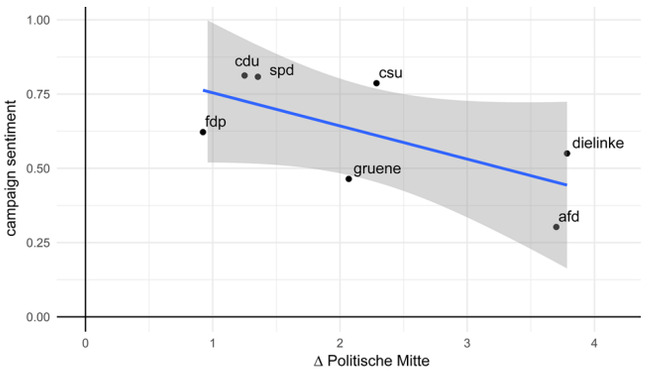

Abbildung 1

Zusammenhang zwischen campaign sentiments und Entfernung zur politischen Mitte"

Um den model fit zu steigern, wurde das Modell daher angepasst und um eine Dummyvariable für „Regierungsbeteiligung" erweitert (1 = Regierungspartei; 0 = Oppositionspartei). Es gibt einen signifikant positiven Zusammenhang zwischen der Dummyvariable für Regierungsbeteiligung und den campaign sentiments (r = 0.26, p < 0.05). Durch die Erweiterung des Modells konnte zudem der model fit verbessert werden (adjusted R^2 = 0.76).

4.2. Regierungsbeteiligungs-Hypothese (H2)

Das Hinzufügen der Dummyvariable für Regierungsbeteiligung bei der Untersuchung von H1 hat bereits gezeigt, dass es einen signifikant

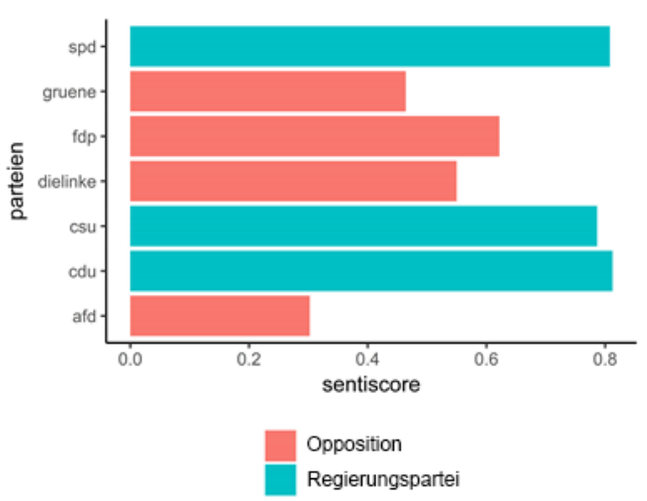

Abbildung 2

campaign sentiments gruppiert nach Regierungs- und Oppositionsparteien

positiven Effekt der Eigenschaft „Regierungspartei" auf den campaign sentiment gibt. Des Weiteren zeigt sich, dass sämtliche Regierungsparteien einen deutlich höheren campaign sentiment
(mean = 0.80) aufweisen als die Oppositionsparteien (mean = 0.48) (siehe Abb. 2). Daher kann H2 gemäß der in der Pre-Registration formulierten Bedingung („Alle Regierungsparteien haben einen höheren campaign sentiment als alle Oppositionsparteien") als bestätigt gelten.

5. Diskussion

Ziel der vorliegenden Pilotstudie war es, die Wahlkampfkommunikation deutscher Parteien durch die Erhebung der jeweiligen campaign sentiments zu untersuchen. Die Vermutung der „Deviations-Hypothese" konnte durch die Regressionsanalyse nicht bestätigt werden. Die bislang vorliegenden Ergebnisse deuten jedoch darauf hin, dass moderate Parteien der „politischen Mitte" durchaus positivere campaign sentiments aufweisen als „Randparteien". Um aus diesen Trend eine statistisch fundierte Aussage entwickeln zu können, müsste die Fallzahl jedoch auf mindestens n = 40 gesteigert werden.

H2 konnte gemäß den in der Pre-Registration festgelegten Bedingung bestätigt werden, Zweifel an der internen Validität des Vorgehens sind jedoch angebracht. Statt des einfachen Vergleichs der Durchschnittssentiments von Regierungs- und Oppositionsparteien sollte diese Eigenschaft über eine Dummyvariable abgebildet und in eine multivariate Regressionsanalyse mit höherer Fallzahl einbezogen werden. Gut abgebildet werden konnte jedoch, dass die Parteien hinsichtlich ihres campaign sentiments in drei Gruppen geteilt werden können: Die klassischen Volksparteien CDU, CSU und SPD (0.79 - 0.81), die etablierten kleineren Parteien FDP, B90/Die Grünen und Die Linke (0.46 - 0.62) sowie weit dahinter die neu hinzugekommene AfD (0.30).

Darüber hinaus gibt es andere weitreichende Limitationen: Die vorliegende Studie approximiert den campaign sentiment lediglich über die Posts auf den Facebookseiten der Parteien, die in der Regel von einem Social Media Team betreut werden, das beispielsweise bei der AfD ein Team von lediglich fünf Leuten umfasst (Schneider, 2017). Zwar kann davon ausgegangen werden, dass sich die Parteiräson in den Posts niederschlägt, doch individuelle linguistische Präferenzen des Social Media Teams können den derart ermittelten campaign sentiment stark verfälschen. Um dieses Problem zu umgehen, sollten zukünftige Studien ihr Sample aus einem vielfältigeren Quellen-Mix erstellen, in dem neben den Facebook-Posts auch

offizielle Pressemitteilungen, transkribierte Reden und Wahlbroschüren aus dem Wahlkampfzeitraum berücksichtigt werden.

Über das Konstrukt der campaign sentiments hat sich ein vielversprechender Ansatz ergeben, um die strategische Wahlkampfkommunikation von Parteien zu untersuchen. Für statistisch aussagekräftige Ergebnisse wird es jedoch unerlässlich sein, die Fallzahl im Vergleich zur vorliegenden Pilotstudie durch Erweiterung des Datensatzes zu einem europäischen Querschnittsdatensatz deutlich zu steigern. Solch eine europaweit angelegte Studie wird sich den Herausforderungen einer multilingualen Sentimentanalyse stellen müssen.

Literaturverzeichnis

Berman, S. (2008). Taming extremist parties: Lessons from Europe. *Journal of Democracy*, 19(1), 5-18.

Crabtree, C., Golder, M., Gschwend, T., & Indridason, I. H. (2015). *Campaign sentiment in European party manifestos. Working Paper*. Online verfügbar unter: http://mattgolder. com/files/research/campaign_sentiment.pdf. Zugriff am: 30.06.2018.

Grofman, B. & Skaperdas, S. (1995). Modeling negative campaigning. *American Political Science Review,* 89(1), 49-61.

Heyer, G., Quasthoff, U. & Remus, R. (2010). SentiWS - a Publicly Available German-language Resource for Sentiment Analysis. In: *Proceedings of the 7th International Language Ressources and Evaluation (LREC'10)*, pp. 1168-1171.

King, G., Rosen, O. R. I., Tanner, M. & Wagner, A. F. (2008). Ordinary Economic Voting Behavior in the Extraordinary Election of Adolf Hitler. *The Journal of Economic History,* 68(4), 951-996.

Magin, M., Podschuweit, N., Haßler, J., & Russmann, U. (2017). Campaigning in the fourth age of political communication. A multi-method study on the use of Facebook by German and Austrian parties in the 2013 national election campaigns. *Information, Communication & Society,* 20(11), 1698-1719.

Mudde, C. (2004). The populist zeitgeist. *Government and opposition*, 39(4), 541-563.

Scharkow, M. (2012). Automatische Inhaltsanalyse und maschinelles Lernen: Berlin: epubli.

Schneider, J. (2017). So aggressiv macht die AfD Wahlkampf auf Facebook. *Süddeutsche Zeitung online.* Online verfügbar unter: http://www.sueddeutsche.de/politik/gezielte-grenzverletzungen-so-aggressiv-macht-die-afd-wahlkampf-auf-facebook-1.3664785#. Zugriff am: 30.06.2018.

Ridout, T., Searles, K. & Weber, C. (2011). More Than a Feeling: The Strategic Use and Consequence of Emotion in Campaign Advertisements. *Proceedings from the Annual Meeting of the Midwest Political Science Association*, Chicago, IL.

Frames, Incentives and Optimistic Updating

Ben Thies
8. Semester CCM

Recent research on the optimistic bias has shown that people tend to hold on to their optimistic beliefs regarding negative future life events even after having received disconfirming information. This study investigates the effects of different framing and incentive conditions on the optimistic update bias, thereby extending the scope of robustness tests. 144 students from a German university participated in an experiment in which an altered version of Sharot, Korn & Dolan's (2011) experimental task paradigm was applied. In line with prior studies it was found that participants exhibited selective updating behaviour. Moreover, the results suggest that the optimistic update bias still holds firm for the most part, but they also indicate an interaction between frame, incentive, and desirability of the information received, leaving the field open for further research in this direction.

1. Introduction

In the past few decades, optimism research has increasingly attracted academic attention. Research has shown that people tend to have an inappropriately high belief that positive (negative) future life events are more (less) likely to occur to themselves than to others or as compared to an objective standard (Shepperd, Klein, Waters & Weinstein, 2013). Such an optimistic bias, defined as the "difference between a person's expectation and the outcome that follows", given that the expectation is better than reality (Sharot, 2011, p. R941) was found to be persistent across many domains. Why do humans exhibit such epistemically irrational behaviour? Essentially, unrealistic optimism reflects a self-serving motivational bias which has numerous benefits. Optimists perceive more control over their environment, show a stronger will to live and are happier and better adjusted than pessimists (Taylor & Brown, 1988). Moreover, optimism may bring about interpersonal benefits in that it facilitates social acceptance from others (Helweg-Larsen, Sadeghian & Webb, 2002).

Despite the positive effects of (unrealistic) optimism, it also comes at a cost. Potential drawbacks range from the disappointment arising from unmet expectations over interpersonal costs (such as making an arrogant impression on observers), to risky behaviours resulting from the optimistic feeling that one is not at risk (for example, when individuals do not engage in screening behaviours out of optimism; Shepperd, Pogge & Howell, 2017). Moreover, relying on inappropriate optimism can bear costs in contexts such as gambling, trading in the stock market, starting new firms, and initiating wars (Makridakis & Moleskis, 2015).

A recent strand of research focuses on the fact that people exhibit optimistic learning. Sharot, Korn and Dolan's (2011) seminal study showed that, when confronted with disconfirming information, individuals update their prior beliefs more when they receive desirable information than when they receive undesirable information. In their experiment, participants were asked to give an estimate of their risk to incur different negative life events. The participants were then confronted with an actuarial base rate for these events and later they were asked to give a self-risk estimate a second time. For instance, participants who overestimated their risk of getting cancer during their lifetime relative to the population base rate readily incorporated the new (desirable) information and changed their belief towards the base rate, while participants who underestimated their risk relative to the base rate did not. This selective updating pattern was linked to a failure of the brain to correctly code undesirable information about the future and has since been observed in many replications of the original study (e.g. Sharot et al., 2012). Despite the multitude of studies on optimistic belief updating, there are still

some unanswered questions. For example, the effect of framing on optimistic updating is not completely clear. Several studies involving differently framed questions ("What is the probability that the event will occur / not occur to you?") were mostly inconclusive in this matter (e. g. Garret & Sharot, 2014). However, in the literature there is evidence for an effect called attribute framing, "in which some characteristic of an object or event is the focus of the framing manipulation" (Kühberger, 2009, p. 308). One of these event characteristics is the event probability, which in turn gives reason to assume that framing effects may extend to optimistic updating. Another question that has been unaddressed is whether selective updating is observed even if participants are incentivized not to exhibit this behaviour. It is possible that the prospect of a monetary gain may in fact outweigh the benefits of keeping a rose-tinted view of one's own future. In the present study, using Sharot et al.'s (2011) update task paradigm, we wish to add to previous research by seeking to answer the research question: How robust is the optimistic update bias under different framing and incentive conditions?

This question shall be answered by testing the following three hypotheses in an experimental setting:

H1: Absolute belief update will be higher for trials in which participants receive desirable information than for trials in which participants receive undesirable information.

H2: Participants in the negative framing group will exhibit updating behaviour which is different from that of participants in the positive framing group.

H3: Participants in the incentivized groups display less selective updating behaviour than those in the non-incentivized group.

2. Method

We followed a 2 (treatment: with / without incentive) x 2 (frame: likelihood of happening / not happening) design. In total, 144 students from a private university in Germany, participated. As stimulus material, 40 short descriptions of negative life events out of 70 used by Korn, Walter, Heekeren, and Dolan (2013) were selected for the present study (see Table 1 for examples). Life events were selected such that their probabilities approximately match a normal distribution (M = 28.9%, sd = 17.1%, W = 0.96617, p > 0.27). The probabilities of an event occurring at least once to a person in the same sociocultural environment as the participant were determined by Sharot et al. (2011) based on online resources such as PubMed. In the experiment, participants were told that the probabilities represent base rates for the average person in their sociocultural environment.

Table 1

Abstract from the list of stimuli

English original	German translation
Abnormal heart rythm	Herzrhythmusstörung
Alzheimer's disease	Alzheimer-Erkrankung
Arteries hardening (narrowing of blood vessels)	Arteriosklerose (Verkalkung der Blutgefäße)
Autoimmune disease	Autoimmunerkrankung
Being cheated by husband/ wife	Ehemann/Ehefrau geht fremd
Bicycle theft	Fahrraddiebstahl
Bone fracture	Knochenbruch

The participants completed a similar behavioural task as in previous studies (e.g. Moutsiana et al., 2013), consisting of 40 trials (one trial for each event). At the beginning of each trial, participants were asked to estimate their risk that the presented adverse life event (e.g. "Alzheimer's disease") will (not) happen to them at some point during their lifetime. After each trial, they received information about the likelihood of that event (not) happening on average to the population. After the full set of 40 life events, to see how participants alter their beliefs in response to desirable or undesirable information, participants were asked to estimate the probabilities of the events again.

For the analysis, an estimation error term (EE) is calculated for each trial. The EE is defined as the difference between the first estimate and the base rate. A negative EE indicates that the participant initially underestimated their risk of incurring the adverse life event and received undesirable information (or "bad news", as in the red illustration), while a positive EE indicates that the participant initially overestimated their risk of incurring the adverse life event and received desirable information (or "good news", as in the blue illustration).

The update term is calculated as the absolute difference between the second and the first estimate. Between the sets of trials, participants in the non-incentive conditions were told that they should try to estimate their risk as good as possible based on the provided base rate. Participants in the incentive conditions were additionally informed that they would get the more money the closer their second estimate was to the base rate.

3. Results

Mean updates were entered into a 2 (news: good / bad) x 2 (treatment: with / without incentive) x 2 (frame: likelihood of happening / not happening)

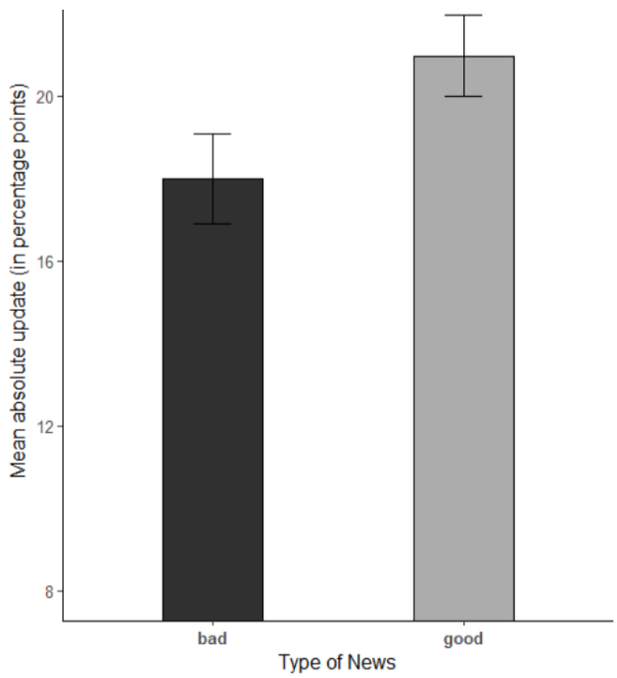

Figure 1
Belief update after good and bad news. Error bars represent confidence intervals.

repeated measures analysis of covariance (ANCOVA) with the difference between average EEs for good and bad news as covariate. This is to ensure that differences in updates cannot be attributed to differences in initial errors, as formal learning theories suggest that learning is mediated by a signal that quantifies a difference between expectation and outcome (Sharot et al., 2011). The analysis revealed a marginally significant main effect of information desirability ("type of news", $F(1,112) = 3.00$, $p = .09$, $\eta p^2 = .03$) such that participants updated more after having received good news than after having received bad news (see Figure 1). All other main effects and interactions did not reach statistical significance.

4. Discussion and Conclusion

In the present study we were able to successfully replicate the main finding of prior studies. Our results support the hypothesis that participants update more towards desirable than towards undesirable information (H1), even when controlled for the EE. We were also interested in whether the framing of the estimate (likelihood of happening / not happening) interferes with the selective updating pattern (H2). As in prior studies (Korn et al., 2013), no interactions between frame and type of news were found, which disconfirms our hypothesis. The results do not support H3 either: No differences in updating between participants across the two different conditions were observed.

Overall, our findings provide further evidence for the relevancy of the optimistic update bias. Furthermore, it was shown that the bias even persists when participants are motivated to suppress it, indicating that healthy individuals may be hard-wired to avoid integrating negative information regarding their own future. Obviously, maintaining a positive view of the self and an optimistic outlook on the future has implicit benefits that outshine the prospect of monetary gains. Indeed, the benefits of optimism become evident when the initial positive outlook results in greater academic success, higher income, and improved physical and psychological health than pessimists (Carver, Scheier & Segerstrom, 2010).

References

Carver, C. S., Scheier, M. F., & Segerstrom, S. C. (2010). Optimism. *Clinical Psychology Review*, 30, 879–889.

Garrett, N., & Sharot, T. (2014). How robust is the optimistic update bias for estimating self-risk and population base rates. *PLoS ONE,* 9(6), e98848.

Helweg-Larsen, M., Sadeghian, P., & Webb, M. S. (2002). The stigma of being pessimistically biased. *Journal of Social and Clinical Psychology,* 21(1), 92–107.

Korn, C. W., Sharot, T., Walter, H., Heekeren, H. R., & Dolan, R. J. (2013). Depression is related to an absence of optimistically biased belief updating about future life events. *Psychological Medicine,* 44(3), 579–592.

Kühberger, A. (2009). Framing Effects in Theory and in Practice. *In Optimization and Operations Research Vol. IV (*p. 299-312). Paris: Eolss Publishers.

Makridakis, S. & Moleskis, A. (2015). The costs and benefits of positive illusions. *Frontiers in Psychology,* 6. doi: 10.3389/fpsyg.2015.00859

Moutsiana, C., Garrett, N., Clarke, R. C., Lotto, R. B., Blakemore, S. J., & Sharot, T. (2013). Human development of the ability to learn from bad news. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of Americ*a, 110(41), 16396–16401.

Sharot, T. (2011). The optimism bias. *Current Biology,* 23(6), R941-R945.

Sharot, T., Kanai, R., Marston, D., Korn, C. W., Rees, G., & Dolan, R. J. (2012). Selectively altering belief formation in the human brain. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America,* 109, 17058–17062.

Sharot, T., Korn, C. W., & Dolan, R. J. (2011). How unrealistic optimism is maintained in the face of reality. *Nature Neuroscience,* 14, 1475–1479.

Shepperd, J. A., Klein, W. M. P., Waters, E. A., & Weinstein, N. D. (2013). Taking stock of unrealistic optimism. *Perspectives on Psychological Science,* 8, 395–411.

Shepperd, J. A., Pogge, G., & Howell, J. L. (2017). Assessing the consequences of unrealistic optimism: Challenges and recommendations. Consciousness and Cognition, 50, 69-78.

Taylor, S. E., & Brown, J. D. (1988). Illusion and well-being: A social psychological perspective on mental health. *Psychological Bulletin*, 103, 193–210.

Aufrichtigkeit im Kontext von Selbstkontrolle und sozialen Normen

Phillip Käding
8. Semester PAIR

Christopher Schneller
8. Semester SPE

Sebastian Urthaler
8. Semester PAIR

Katharina Koerth
8. Semester SPE

Samuel Pertl
7. Semester CME

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise und neuer Legitimationsforderungen in der Wirtschaft rücken Moralität und Werte für Entscheider wieder in den Fokus. Seit langem ist der Einfluss von Selbstkontrolle auf ethische Entscheidungen umstritten. Wir greifen die Diskussionen auf und erweitern die bestehende Forschung um eine mehrdimensionale Untersuchung: Die vorliegende Arbeit überprüft die Zusammenhänge zwischen Ego Depletion, Aufrichtigkeit und Sozialen Normen in einem Labor-Experiment. Wir stellen fest, dass Werteeinschätzungen wie Soziale Normen einen signifikanten Einfluss auf die Entscheidung von Individuen haben, während die Erschöpfung von Selbstkontrolle verschiedene, nicht konsistente Effekte hervorruft. Damit reihen sich unsere Ergebnisse in eine Reihe von Untersuchungen ein, die zeigen, dass eine theoretische Neufassung des Zusammenhangs von Ethik und persönlichen Ressourcen notwendig ist.

1. Einleitung

In der globalen Finanzkrise 2007/2008 wurde deutlich: unethisches Verhalten im Unternehmenskontext kostet nicht nur den Staat hohe Summen, sondern führt auch bei den Firmen zu Reputationsschäden und sinkendem Profit. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, welche Faktoren das Auftreten von unethischem Verhalten beeinflussen. Dabei setzt sich die vorliegende Arbeit vor allem mit folgender Frage auseinander: Beeinflussen Selbstkontrolle, Opportunitätskosten und sozialen Normen, sowie das Zusammenspiel von Selbstkontrolle und sozialen Normen ethisches Verhalten?

Zu unethischem Verhalten werden Betrug, Täuschung, Lügen, Veruntreuung, Fälschung, Diebstahl und Sabotage gezählt (Kish-Gephart, Harrison, & Treviño, 2010; Wang & Kleiner, 2005). Die vorliegende Arbeit untersucht die Entstehung von unethischem Verhalten unter Berücksichtigung intrinsischer und extrinsischer Einflussfaktoren. Zunächst wird der Einfluss von Opportunitätskosten auf Aufrichtigkeit getestet. Zusätzlich wird die Selbstkontrolle einiger Probanden erschöpft (Ego Depletion). Selbstkontrolle ist die kognitive Fähigkeit, das eigene Handeln an langfristigen Zielen auszurichten, statt entgegenstehende eigennützige kurzfristige Ziele zu verfolgen (Gino, Schweitzer, Mead, & Ariely, 2011, S. 192). Schließen untersuchen wir auch den bisher wenig erforschten Einfluss von Sozialen Normen im Zusammenspiel mit Ego Depletion auf ethische Entscheidungsfindung.

2. Theorie

Wie bereits in der Einleitung angedeutet, ist das Thema dieser Arbeit der Einfluss von steigenden monetären Anreizen, Erschöpfung der Selbstkontrolle und Soziale Normen auf ethisches Verhalten. Darüber hinaus wird auf die Interaktion zwischen Erschöpfung der Selbstkontrolle und Soziale Normen eingegangen. Die untersuchten Hypothesen und deren Hintergründe werden im Folgenden jeweils kurz erläutert.

In Hinblick auf Hypothese 1, zeigen Gibson, Tanner und Wagner (2013), dass mit steigenden Anreizen für unethisches Verhalten, die Wahrscheinlichkeit sich ethisch zu Verhalten abnimmt. Aufbauend auf diesem Ergebnis untersuchen wir folgende Hypothese:

H1: Mit steigenden Opportunitätskosten für ethisches Verhalten, sinkt das Auftreten von ethischem Verhalten.

Zu Selbstkontrolle und damit Hypothese 2 schreiben Twenge & Baumeister (2002), dass Selbstkontrolle eine beschränkte, aber regenerierbare Ressource ist. Des Weiteren vermindert die Ausübung von Selbstkontrolle die für zukünftige Handlungen zur Verfügung stehende Selbstkontrolle, wobei der temporäre Zustand verbrauchter Selbstkontrolle als Ego Depletion bezeichnet wird (Baumeister, Bratslavsky, Muraven & Tice, 1998). Mehrere Studien zeigen, dass eine Erschöpfung der Selbstkontrolle zu einem Anstieg von unethischem Verhalten führt (Mead, Baumeister, Gino, Schweitzer & Ariely, 2009; Gino u.a., 2011). Wir hypothetisieren:

H2: Die Erschöpfung der Selbstkontrolle (Ego Depletion) erhöht das Auftreten von unethischem Verhalten.

Für die Ableitung von Hypothese 3 wird die in Anlehnung an Cialdini, Reno und Kallgren (1990) getroffene Unterscheidung zwischen deskriptiven und injunktiven Normen relevant. Deskriptive Normen beschreiben, was die meisten Personen machen oder denken, wohingegen injunktive Normen das wahrgenommene Ausmaß der sozialen Zustimmung/ Ablehnung eines Verhaltens erfassen (ebd.). Jüngste Forschung hat den Einfluss von sozialen Normen und Ego Depletion verknüpft und zeigt, dass der Einfluss von deskriptiven Normen unter Ego Depletion zunimmt, während der Effekt von injunktiven Normen abnimmt (Jacobson, Mortensen & Cialdini, 2011; Morris, Hong, Chiu & Liu, 2015). Das heißt, depletede Personen orientieren in ihrem Verhalten eher an deskriptiven Normen als nicht-depletede Personen, wohingegen sich nicht-depletede Personen eher an injunktiven Normen orientieren (Stok, De Ridder, De Vet & De Wit, 2014). In diesem Papier konzentrieren wir uns auf die deskriptive Norm und untersuchen folgende Hypothesen:

H3a: Wenn die deskriptive Norm impliziert, dass unethisches Verhalten akzeptabel ist, erhöht Ego Depletion das Auftreten von unethischem Verhalten.

H3b: Wenn die deskriptive Norm impliziert, dass unethisches Verhalten nicht akzeptabel ist, reduziert Ego Depletion das Auftreten von unethischem Verhalten.

3. Methode

Unsere Hypothesen wurden in einem Laborexperiment an zwei Gruppen von Studierenden der Zeppelin Universität getestet. Das Experiment wurde nach einem between-subject design gestaltet. Da ein Proband unterschiedliche Manipulationen der unabhängigen Variable (treatments) durchläuft, enthält das durchgeführte Experiment ebenso Elemente eines within-subject designs.

Im ersten Teil des Experiments wurde die Selbstkontrolle der Experimentalgruppe erschöpft (Manipulation). Anders als Gino u.a. (2011) wollten wir für unser Design eine einzige, reliable Methode verwenden. Dabei fiel die Entscheidung auf den E-Ausstreich-Task ("Crossing Out Letters Task"), der in der ersten Depletion-Untersuchung von Baumeister u.a. (1998) verwendet wurde. Diese Aufgabe besitzt neben der Bearbeitung mit Stift und Papier die Vorteile, dass wenige Störvariablen existieren und die einfache Verständlichkeit zu einer zuverlässigen Umsetzung führt.

Im zweiten Teil des Experiments wurden die Probanden in dem von Gibson, Tanner und Wanger (2013) konzipierten „CEO-Game" mit moralischen Entscheidungssituationen konfrontiert. Zu Beginn des CEO-Games wurden Soziale Normen in diesem Kontext abgefragt und dadurch salient gemacht. In diesem Experiment versetzen sich die Probanden in die realistische Situation eines Vorstandsvorsitzenden (CEO) einer fiktiven Firma, welcher die Gewinne der Firma pro Aktie bekannt gibt. Den Probanden wurde der wahre Gewinn der Firma mitgeteilt, sowie die Information, dass es durch eine buchhalterische Veränderung die legale Möglichkeit gibt, einen höheren Gewinn zu verkünden („Ergebnissteuerung"). Die flexible Lohnkomponente des CEO ist dabei abhängig vom verkündeten Gewinn; analog dazu wurde die Auszahlung der Probanden an den von ihnen verkündeten Gewinn gekoppelt.

Während der monetäre Anreiz, unaufrichtig zu handeln, sicherlich zu gering war, um die reale Situation zu simulieren, konnten wir aufgrund der ausführlichen Situationsbeschreibung und eines Manipulationschecks dafür sorgen, dass die Probanden einen mehrdimensionalen Anreiz zur gewissenhaften Bearbeitung hatten.

4. Ergebnisse

Der Manipulationscheck für Ergebnissteuerung bestätigt, dass entsprechend unserer Annahme Probanden die Bekanntgabe von 35 Cents pro Aktie als unethisches Verhalten empfinden. Der Manipulationscheck für Ego Depletion ist jedoch nicht signifikant, sodass eine Manipulation der Erschöpfung der Selbstkontrolle im Experiment möglicherweise nicht gelungen ist. Allgemein kann der in Hypothese 1 vermutet Zusammenhang bestätigt werden: So sinkt mit steigenden Opportunitätskosten für ethisches Verhalten

dessen Auftreten signifikant (p<0.001).

Der in Hypothese 2 vermutete Effekt von Ego Depletion auf ethisches Verhalten kann durch die vorliegende Studie jedoch nicht bestätigt werden; so zeigt sich kein signifikanter Effekt von Ego Depletion auf ethisches Verhalten.

Auch bestätigen sich die in Hypothese 3a und 3b formulierte Erwartungen des Einflusses von Sozialer Norm und Ego Depletion auf ethisches Verhalten nicht. Vielmehr zeigt sich ein gegenteiliger, positiver Interaktionseffekt zwischen Ego Depletion und Sozialer Norm (p<0.05). Impliziert die deskriptive Norm, dass unethisches Verhalten akzeptabel ist, reduziert Ego Depletion das Auftreten unethischen Verhaltens (p<0.05). Impliziert die deskriptive Norm jedoch, dass unethisches Verhalten nicht akzeptabel ist, erhöht Ego Depletion das Auftreten unethischen Verhaltens (p<0.05).

Tabelle 1

Abhängige Variable: Ethische Entscheidung

	(1)	(2)
Opportunitätskosten	-11.580***	-11.739***
	(2.189)	(2.222)
Depletion	0.417	-2.535*
(1 = Depleted; 0 nicht Depleted)	(0.992)	(1.312)
Soziale Norm	0.319	-2.740**
(1 = Unehrlichkeit; 0 = Ehrlichkeit)	(1.056)	(1.351)
Depletion * Soziale Norm		5.819***
		(1.962)
Constant	-8.434	-7.367
	(7.781)	(7.073)
Kontrollvariablen	Ja	Ja
Beobachtungen	260	260
Log Likelihood	-108.173	-102.894
Akaike Inf .Crit.	234.346	225.788

Notiz: Tabelle zeigt die Schätzer von mixed-effects logistischen Regressionen. Standardfehler in Klammern. Opportunitätskosten nimmt die Werte 0€, 0.1€, 0.2€, 0.3€ und 0.4€ an und zeigt welche Kosten mit der Bekanntgabe von 31 Cents einhergehen. Kontrollvariablen sind Studienfach, Alter, Geschlecht und Geschütze Werte. * p < 0.05; ** p < 0.01; *** p < 0.001.

5. Diskussion

5.1. Ergebnisse

5.1.1. Hypothese 1

Wie vermutet, sinkt mit steigenden individuellen Opportunitätskosten das Auftreten von ethischem Verhalten. Der Befund steht zwar im Widerspruch zu standardökonomischen Annahmen eines vollrationalen, den monetären Eigennutz maximierenden Individuums steht, spiegelt dafür aber die Vermutung von kontinuierlicher Heterogenität von Präferenzen wieder (Gneezy, 2005).

5.1.2. Hypothese 2

Entgegen der Hypothese, konnte kein signifikanter Zusammenhang zwischen Depletion und unethischem Verhalten festgestellt werden. Dieser Befund bildet neuste Erkenntnisse in der entsprechenden Fachliteratur ab (Hagger u.a., 2016).

5.1.3. Hypothese 3a & 3b

Sowohl Hypothese 3a als auch Hypothese 3b müssen verworfen werden. Vielmehr konnte sogar ein signifikanter, gegenteiliger Interaktionseffekt festgestellt werden. Die Ergebnisse sind zwar schwer nachvollziehbar, können aber u.U. durch den nicht vorhandenen Haupteffekt für Depletion oder einen Einfluss von „Reaktanz“ erklärt werden (zu “Reaktanz” siehe bspw. Brehm & Brehm, 1981).

5.2. Implikationen

Die wichtigste Implikation unseres Beitrages ist die Einbeziehung sozialer Normen in die Verhaltensethik: Aufbauend auf Yam, Chen & Reynolds (2014) stoßen wir in einen bisher kaum untersuchten Forschungsbereich der Verhaltensethik vor und verknüpfen die Betrachtung sozialer Normen mit der Untersuchung von Entscheidungsverhaltung unter Ego Depletion.

5.3. Limitationen

Eine Reihe von Limitationen lassen sich nicht leugnen. In diesem Zusammenhang muss zunächst auf für Experimente häufig zutreffende Limitationen, wie die Zusammensetzung des Samples, die Samplegröße und die fragliche externe Validität von Laborexperimenten hingewiesen werden (Hagger, Wood, Stiff, & Chatzisarantis, 2010; Henrich, Heine, & Norenzayan, 2010; Levitt & List, 2007).

Weitere Limitationen ergeben sich speziell für den vorliegenden Fall. Dabei ist unter anderem die unzureichende Depletion-Manipulation zu nennen. Auch wenn wir in Manipulationschecks bei Probanden der Experimentalgruppe eine erhöhte Erschöpfung der Selbstkontrolle feststellen konnten, hat sich dieser Effekt als nicht signifikant (p=0,77) herausgestellt. Außerdem stellt auch die fehlende Manipulation der abgefragten deskriptiven sozialen Normen eine Limitation dar. Die Probanden könnten in zukünftigen Studien bspw. durch Framing mit der Angabe unterschiedlicher Verbreitung von Verhalten manipuliert werden (Yam u. a., 2014).

5.4. Zukünftige Forschung

Über die angedeutete Manipulation der deskriptiven sozialen Normen hinaus, könnten zukünftige Untersuchungen bspw. auch von Variierung der Depletion-Manipulation und der Erhebung der Variable „Ethisches Verhalten" profitieren.

Alles in allem, stellt der Einbezug des Einflusses Sozialer Normen in die Untersuchung von Ego Depletion und ethisches Verhalten einen wichtigen und vielschichtigen Anknüpfungspunkt für zukünftige Forschung dar.

6. Schlussbemerkungen

Es lässt sich resümieren, dass wir den Einfluss von Opportunitätskosten, Ego Depletion und sozialen Normen auf ethische Entscheidungen in Unternehmen untersucht haben und die Ergebnisse von Gibson, Tanner und Wagner (2013) bestätigen konnten. Ein negativer Effekt von Ego Depletion auf Aufrichtigkeit konnte hingegen nicht festgestellt werden. Der gegenteilig erwartete Effekt in der Interaktion von Sozialen Normen und Ego Depletion stellt genauso einen Anknüpfungspunkt für künftige Forschung dar, wie die festgestellten theoretischen Defizite einiger Begrifflichkeiten.

Referenzen

Baumeister, R. F., Bratslavsky, E., Muraven, M., & Tice, D. M. (1998). Ego depletion: Is the active self a limited resource? *Journal of Personality and Social Psychology,* 74(5), 1252.

Baumeister, R. F., Twenge, J. M., & Nuss, C. K. (2002). Effects of social exclusion on cognitive processes: anticipated aloneness reduces intelligent thought. *Journal of Personality and Social Psychology,* 83(4), 817.

Brehm, S., & Brehm, J. (1981). *Psychological reactance*. New York: Academic Press.

Cialdini, R. B., Reno, R. R., & Kallgren, C. A. (1990). A focus theory of normative conduct: Recycling the concept of norms to reduce littering in public places. *Journal of Personality and Social Psychology,* 58(6), 1015–1026.

Cohen, T. R., & Morse, L. (2014). Moral character: What it is and what it does. *Research in Organizational Behavior,* 34, 43–61.

Gibson, R., Tanner, C., & Wagner, A. F. (2013). Preferences for truthfulness: Heterogeneity among and within individuals. *American Economic Review*, 103(1), 532–548.

Gino, F., Schweitzer, M. E., Mead, N. L., & Ariely, D. (2011). Unable to resist temptation: How self-control depletion promotes unethical behavior. *Organizational Behavior and Human Decision Processes,* 115(2), 191–203.

Gneezy, U. (2005). Deception: The role of consequences. *American Economic Review,* 95(1), 384–394.

Hagger, M. S., Wood, C., Stiff, C., & Chatzisarantis, N. L. D. (2010). Ego depletion and the strength model of self-control: A meta-analysis. *Psychological Bulletin*, 136(4), 495–525.

Hagger, M. S., Chatzisarantis, N. L. D., Alberts, H., Anggono, C. O., Batailler, C., Birt, A. R., Zwienenberg, M. (2016). A Multilab Preregistered Replication of the Ego-Depletion Effect. *Perspectives on Psychological Science,* 11(4), 546–573.

Henrich, J., Heine, S. J., & Norenzayan, A. (2010). Most people are not WEIRD. *Nature*, 466(7302), 29–29.

Jacobson, R. P., Mortensen, C. R., & Cialdini, R. B. (2011). Bodies obliged and unbound: Differentiated response tendencies for injunctive and descriptive social norms. *Journal of Personality and Social Psychology,* 100(3), 433–448.

Kish-Gephart, J. J., Harrison, D. A., & Treviño, L. K. (2010). Bad apples, bad cases, and bad barrels: Meta-analytic evidence about sources of unethical decisions at work. *Journal of Applied Psychology*, 95(1), 1–31.

Levitt, S. D., & List, J. A. (2007). What do laboratory experiments measuring social preferences reveal about the real world? *Journal of Economic Perspectives,* 21(2), 153–174.

Mead, N. L., Baumeister, R. F., Gino, F., Schweitzer, M. E., & Ariely, D. (2009). Too tired to tell the truth: Self-control resource depletion and dishonesty. *Journal of Experimental Social Psychology,* 45(3), 594–597.

Morris, M. W., Hong, Y. yi, Chiu, C. yue, & Liu, Z. (2015). Normology: Integrating insights about social norms to understand cultural dynamics. *Organizational Behavior and Human Decision Processes,* 129, 1–13.

Stok, F. M., De Ridder, D. T. D., De Vet, E., & De Wit, J. B. F. (2014). Don't tell me what i should do, but what others do: The influence of descriptive and injunctive peer norms on fruit consumption in adolescents. *British Journal of Health Psychology,* 19(1), 52–64.

Twenge, J. M., & Baumeister, R. F. (2002). Self-control: A limited yet renewable resource. In Self and identity: Personal, social, and symbolic, 57–70.

Wang, Y., & Kleiner, B. H. (2005). Defining employee dishonesty. *Management Research News,* 28(2/3), 11–22.

Yam, K. C., Chen, X.-P., & Reynolds, S. J. (2014). Ego depletion and its paradoxical effects on ethical decision making. *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, 124(2), 204–214.

Baumeister, R. F., Bratslavsky, E., Muraven, M., & Tice, D. M. (1998). Ego depletion: Is the active self a limited resource? *Journal of Personality and Social Psychology*, 74(5), 1252.

Baumeister, R. F., Twenge, J. M., & Nuss, C. K. (2002). Effects of social exclusion on cognitive processes: anticipated aloneness reduces intelligent thought. *Journal of Personality and Social Psychology,* 83(4), 817.

DANKSAGUNG

Bereits Cicero wusste:

„Keine Schuld ist dringender, als die, Dank zu sagen."

An dieser Stelle möchten wir diese Schuld begleichen und uns bei den Personen bedanken, ohne die der „Wilhelm" in seiner dritten Auflage nicht hätte erscheinen können.

Als wir uns Anfang des Jahres 2018 zusammengefunden haben, um eine weitere Ausgabe dieser Zeitschrift mit Leben zu füllen, konnten wir auf die Arbeit unserer Vorgängerinnen und Vorgänger in der Herausgeberrolle des „Wilhelms" zurückgreifen, bei denen wir uns zuerst bedanken möchten.

Unser Dank gilt ebenso Iris-Niki Nikolopoulos, die unsere Arbeit von Anfang an konsequent unterstützt hat und uns jederzeit beratend zur Seite stand. Darüber hinaus danken wir der Zeppelin Universität und all ihrer Akteure, welche diese Ausgabe finanziell ermöglicht haben.

Unser größter und ganz besonderer Dank gilt allen Personen, die uns als Reviewer unterstützt haben. Ob Professorinnen oder Professoren, akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, oder Kommilitoninnen und Kommilitonen: Sie alle haben in ihrer Freizeit zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten gesichtet sowie beurteilt und damit erst die Qualität, der nun im Wilhelm erschienenen Artikel ermöglicht. Für diese Unterstützung und Wertschätzung der studentischen Forschung sagen wir von Herzen: Vielen Dank!

IMPRESSUM

gem. §5 TMG

Zeppelin Universtät gemeinnützige GmbH
Am Seemoser Horn 20
88045 Friedrichshafen

Tel. +49 7541 6009-0
Fax +49 7541 6009-1199

zu.de

Vertreten durch die Geschäftsführer:

Prof. Dr. Insa Sjurts (Sprecherin)
Matthias Schmolz (Geschäftsführer)

Registergericht: Amtsgericht Ulm
Register-Nr.: HRB 63 2002
USt-Ident-Nr.: DE229010877

Soweit der Dienst im Rahmen einer Tätigkeit angeboten oder erbracht wird, die der behördlichen Zulassung bedarf, erfolgen Angaben zur zuständigen Aufsichtsbehörde:

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

Inhaltlich verantwortlich gem. §55 Abs. 2 RfStV:

Redakteure: Julian Berger, Julius Stoll
Lars Hagenlocher und Paul Cannata

Der Wilhelm

Zeppelin Universtät gemeinnützige GmbH
Am Seemoser Horn 20
88045 Friedrichshafen

Tel. +49 7541 6009-0
Fax +49 7541 6009-1199

zu.de/derwilhelm
derwilhelm@zeppelin-university.net
facebook.com/DerWilhelmZU/